



Gegen G 8 für die Erzieherausbildung Frankfurt, 20. März 2013



Fotos: Martin Kästel



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Die Osterferien sind vorüber, nun beginnt die heiße Phase der Anmeldungen und Klassenbildungen in den Vollzeitklassen, des Marathons der Prüfungen und der weiteren Planungen für das kommende Schuljahr. Hierzu wünsche ich Euch viel Energie und Erfolg.

Rechtzeitig zum Ende der Legislaturperiode beglückt uns die Ministerin mit der im Regierungsprogramm beschlossenen Lehrerrzuweisung von 105%, allerdings nur für 5% der Schulen und von 104% für ca. 95% der Schulen. Eine kritische Würdigung könnt Ihr der S. 3 entnehmen.

Im letzten *iNSIDER* hatte ich vermerkt, dass die Berufsschulabteilung im HKM in ihrer Leitung abgetaucht ist. Nun wurde ich eines Besseren belehrt. Mit dem Papier „HKM-Programm zur Reform des Übergangssystems“ vom Januar 2013 legt die Abteilungsleitung eine kleine Zeitbombe. Auf den Seiten 12/13 könnt Ihr die Brisanz und die Folgen für viele berufliche Schulformen nachlesen. Ich kann nur anraten, sich in Konferenzen und Schulgruppen intensiv mit diesem Papier zu beschäftigen und sich hierzu auch aktiv zu äußern.

Die Proteste und Aktivitäten gegen die geplante Verkürzung der Ausbildung zur Erzieherin reißen nicht ab, und das ist gut so.

Nach nahezu sechs Jahren haben wir uns an die Schulinspektionen schon fast gewöhnt, auch wenn immer deutlicher wird, dass sich Schulen dadurch nur millimeterweise verändern lassen. Nun gibt es eine völlig neue Variante der Überprüfung, die Revision. Was das ist und wie und wozu sie eingesetzt wird könnt Ihr auf S. 21 nachlesen.

Immer mehr Schulen, auch berufliche Schulen, zieht es zu Schülertausch und/oder Schulpartnerschaft in das „Reich der Mitte“. In dem Artikel „Pädagogischer Albtraum?“ (S. 16/17) wird auf diese Aktivitäten ein kritischer Blick geworfen.

Der Kampf um das Recht auf Ausbildung wird auch in diesem Jahr und insbesondere im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl fortgeführt (vgl. S. 31/32).

Ich wünsche Euch mit der nun vorliegenden Ausgabe viel Spaß beim Lesen und hoffe, dass die Beiträge für Euch wichtige und nützliche Informationen und Anregungen zum Nachdenken enthalten. Wie immer suchen wir für den nächsten *iNSIDER* Artikel und Beiträge und freuen uns auch über Leserbriefe.

Es grüßt Euch Euer

INHALTSVERZEICHNIS

Die 105% Lüge	3
news	4
Gemeinsames und Trennendes	6
Zum Elend des Politischen Unterrichts Teil 2	8
Leuchttürme schaffen	10
Jung, ostdeutsch und erschreckend rechts	11
HKM - Programm zum Übergang	12
hprll-intern	14
Pädagogischer Albtraum?	16
Gegen die Erhöhung des Anrechnungsfaktors pro LiV	18
Höhergruppierung der Fl a.t. F	19
Neue Publikationen	20
Revision an der Philipp-Holzmann-Schule	21
Interview zur Inklusion	23
Exkursion beim IB	24
Kompetenzfeststellung bei Lehrkräften	26
Ausbildungsvergütungen	28
Schülerzahl an Berufsschulen	30
Berufsbildungsbericht 2013	31
Ausbildungsgarantie	32

Je mehr wir in uns aufnehmen, umso größer wird unser geistiges Fassungsvermögen. Unser Gehirn funktioniert also nicht wie eine Festplatte, die irgendwann voll ist. Unser Geist ist unendlich lernfähig.

(frei nach dem römischen Gelehrten Seneca)

DIE 105% - LÜGE

„Zum Beginn des kommenden Schuljahres 2013/2014 werden alle hessischen Schulen eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 % erhalten“ erklärte Kultusministerin Beer am 6.2.2013. Da reibt sich der informierte Leser die Augen: Wie soll dies mit den im Landeshaushalt vorgesehenen gerade mal 200 zusätzlichen Stellen möglich sein?

Rechenkünste des Ministeriums

Die selbstständigen Schulen bekommen 105%, alle anderen Schulen 104%, 300 Stellen werden verteilt auf Grundlage eines Sozialindex, 11,5 Stellen gibt es für Hescencampus und 50 Stellen zur Entwicklung eines Lernzeitkonzepts. Zusammengezählt ergibt dies im Durchschnitt 105%, so die Erklärung der Ministerin.

Grundlage für die 105% ist der Zuweisungserlass, durch den die im Landeshaushalt festgeschriebenen Stellen (rund 50.000) verteilt werden. Für die Grundunterrichtsversorgung sind rund 40.000 Stellen vorgesehen, rund 8.000 Stellen für weitere Vorgaben und rund 2.000 Stellen für den 5%-Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung. Die Rechnung stimmt, aber wie werden aus 200 zusätzlichen Stellen im Landeshaushalt rund 2.000 Lehrerstellen mehr?

Das Ministerium löst das rechnerisch relativ einfach: Die Grundunterrichtsversorgung wurde klein gerechnet und Stellen in den 5%-Zuschlag verschoben. Durch die Demografie und das Auslaufen der Doppeljahrgänge G8/G9 konnten alleine im letzten Jahr fast 500 und in diesem Jahr über 700 Stellen in den Zuschlag verschoben werden. Hinzu kommen

30 Stellen durch den verringerten Bedarf in der Stufe 5 beim Wechsel von G8 auf G9. Rund 170 Stellen, die bisher für besondere Aufgaben zugewiesen wurden, werden jetzt nicht mehr zugewiesen. Wer nachgerechnet hat merkt, es fehlen noch rund 400 Stellen. Hier gab es ein Wahlkampfgeschenk des Finanzministers. Er stellte 15 Mio. zusätzlich für Ganztagsangebote zur Verfügung. Bisher wurden die Ganztagsangebote dadurch finanziert, dass 400 Stellen nicht besetzt wurden. Diese 400 Stellen werden jetzt besetzt.

Die Rechnung stimmt, aber wieso merkt man trotzdem nichts an den Schulen?

Schon seit den Zeiten von Frau Wolf wird versucht, aus einer Unterversorgung der Schulen eine auskömmliche („Unterrichtsgarantie“) und jetzt – unter Frau Beer - eine Überversorgung (105%) zu konstruieren.

Dies wurde bereits seit längerem vorbereitet. Mit der Zuweisung 2011/2012 wurden die zugewiesenen Stellen für die Grundunterrichtsversorgung als 100% definiert. O-Ton eines jetzigen HKM-Abteilungsleiters und ehemaligen Schulleiters: 100% ist das, was zugewiesen wird! Zu Frau Wolfs Zeiten wurden in Verordnungen Stundentafeln zusammengestrichen. Dies war zu offensichtlich, es gab Proteste und es wurde zum Teil wieder rückgängig gemacht. Aber auch in der vom HKM definierten Grundunterrichtsversorgung von 2011/12 bekommen die Klassen nicht die ihnen nach Verordnung zustehenden Stunden.

Beispiele: Bei allen Grundschulklassen fehlt eine halbe Stunde. Bei den beruflichen Schulen wird in der Fachoberschule nicht die volle Stundentafel zugewiesen und die Zuweisung für Fachpraxisunterricht ist völlig unzureichend, um die auf Grund von Sicherheitsvorgaben vorgegebenen Gruppengrößen zu realisieren. Alleine in den Grundschulen fehlen dadurch rund 200 Stellen.

Darüber hinaus wurde mit den Pflichtstunden jongliert. Die Erhöhung der Anrechnung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst brachte rechnerisch rund 150 Stellen mehr. Den Lehrkräften im Berufsschulunterricht in den Justizvollzugsanstalten wurden in der neuen Pflichtstundenverordnung ihre Anrechnungsstunden gestrichen. Hinzu kommen viele über Jahre umgesetzte geringfügige Kürzungen für besondere Aufgaben, die in der Summe ein beträchtliches Stellenkontingent ausmachen.

Fazit

Durch eine Vielzahl von Rechen-tricks wird eine Überversorgung von Schulen dargestellt, die wenig mit der realen Situation an Schulen zu tun hat. Die Übertragung des Tarifergebnisses zur Arbeitszeit auf die Lehrkräfte würde einen Mehrbedarf von über 2.000 Stellen erfordern. Dies bedeutet, dass alleine durch unsere Mehrarbeit der 5%-Zuschlag finanziert wird. Und somit lässt sich auch erklären, wieso wir von den angeblichen Segnungen des Ministerium nichts an den Schulen merken.

Ralf Becker

Es ist immer die beste Politik, die Wahrheit zu sagen, es sei denn, man ist ein ungewöhnlich guter Lügner

(Jerome K. Jerome)

GEW gewinnt über 3.000 Mitglieder

Allen Diskussionen über die schwindende Bindungskraft von Großorganisationen zum Trotz:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat bundesweit 2012 per Saldo über 3.000 Mitglieder gewonnen. Das entspricht einem Plus von 1,3 Prozent. Sie verzeichnet damit bereits seit fünf Jahren stetig Zuwächse und hat in dieser Zeit um fast 20.000 Mitglieder zugelegt. Die Bildungsgewerkschaft hat jetzt gut 266.500 Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2012). Auch in Hessen ist der Aufwärtstrend unverkennbar. In den letzten fünf Jahren stieg die Mitgliederzahl der GEW Hessen von 21.645 auf 24.158 und die Mitgliederzahl in der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen von 2.795 auf 2.992 Mitglieder (Stand: 31. Dezember 2012).

Zur Information: Die GEW organisiert alle im Bildungsbereich Tätigen, von der frühkindlichen Erziehung über den schulischen Bereich bis hin zur Hochschule und Weiterbildung.

DGB fordert Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die für Schulpolitik verantwortlichen Stellen auf, eine staatlich verantwortete Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien einzurichten.

Mit großer Besorgnis beobachten die DGB-Gewerkschaften die Zunahme von schulfremden Unterrichtsmaterialien, vor allem aus der Finanz- und Wirtschaftsbranche. Diese Lern- und Lehrmaterialien unterliegen keiner fachlichen und didaktischen Qualitätskontrolle, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben von DGB und GEW an die Kultusministerien der Länder. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich zudem erneut gegen die Einführung eines zusätzlichen monodisziplinären Unterrichtsfachs Wirtschaft aus, wie es von den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden gefordert wird. Ein solches Fach, das alle Bezugsdisziplinen ausspart, sei weder sinnvoll noch praktikabel.

[Brief an die Kultusministerien und die KMK](#)
[DGB-Beschluss: Wirtschaft in der Schule](#)

BIBB verabschiedet Forschungs- und Entwicklungsprogramm 2013-2016

Neue Akzente in seiner künftigen forschungspolitischen Ausrichtung setzt das BIBB vor allem in den Themenfeldern:

- ☞ Transparenz und Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen; Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)
- ☞ Anrechnung und Anerkennung von Kompetenzen aus formalen, non-formalen oder informellen

Lernprozessen auf weiterführende Bildungsgänge oder Abschlüsse

- ☞ Messung beruflicher Kompetenzen und ihrer Einflussfaktoren
- ☞ Einbeziehung von Prinzipien der Nachhaltigkeit in die berufliche Bildung
- ☞ International vergleichende Analysen von Systemen, Instrumenten und Gestaltungsansätzen

Das neue mittelfristige Forschungs- und Entwicklungsprogramm 2013-2016 steht unter http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBB_Forschungsprogramm.pdf zum Download bereit.

Heisere Lehrkräfte

Jede vierte Lehrkraft musste wegen Problemen mit der Stimme Unterricht ausfallen lassen. Jede zehnte Lehrkraft hat aus diesem Grunde schon mehrfach gefehlt. Das sind zwei Ergebnisse einer aktuellen Studie der Leuphana Universität Lüneburg.

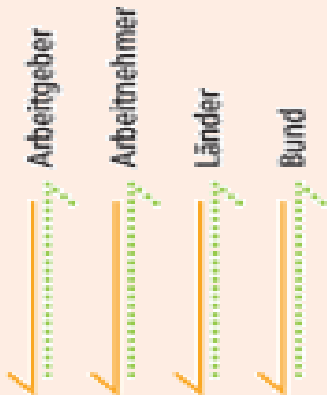
www.leuphana.de

Änderungen zu Musterprüfungsordnungen beschlossen BIBB-Hauptausschuss verabschiedet Richtlinien

Der Hauptausschuss des BIBB - das „Parlament der Berufsbildung“ - hat auf seiner Sitzung am 13. Dezember die Änderung folgender Musterprüfungsordnungen (MPO) beschlossen:

- ☞ Abschluss- und Umschulungsprüfungen (120)
- ☞ Gesellen- und Umschulungsprüfungen (121)
- ☞ Fortbildungsprüfungen in Verbindung mit der Handwerksordnung (MPO-F-HwO) (127)
- ☞ Fortbildungsprüfungen (MPO-F-BBiG) (128)

Der Hauptausschuss empfiehlt mit Blick auf die weitere Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), dass erstmals "im Prüfungszeugnis ... ein Hinweis auf die vorläufige Einordnung des Abschlusses im DQR und das sich aus der Verknüpfung des DQR mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) ergebende EQR-Niveau enthalten sein soll".



**Hauptausschuss
des BIBB**

Die Empfehlungen des Hauptausschusses können demnächst unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.bibb.de/de/32327.htm

Good-Practise-Center

Das GPC im BIBB ist Ansprechpartner und Berater für die vielfältigen Belange im Bereich der Benachteiligtenförderung. Es bringt Erfahrungen, Methoden, Beispiele und Materialien der Benachteiligtenförderung in neue bildungspolitische Aufgabenstellungen ein und unterstützt die Weiterentwicklung dieses Handlungsfeldes in der beruflichen Bildung.

gen ein und unterstützt die Weiterentwicklung dieses Handlungsfeldes in der beruflichen Bildung.

www.good-practice.de

Offensiv-Pflege Mehr Ausbildungsplätze

Die Bundesregierung hat eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege offiziell beschlossen, um



dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen. Die Ausbildungsplatzzahl in den entsprechenden Einrichtungen soll sich jährlich um 10% erhöhen. www.bmfsfj.de

Schlechte Übergänge

Die Schulden- und Wirtschaftskrise verstärkt zwar die Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern, aber sie ist nicht ihre strukturelle Ursache: Aktuelle wissenschaftliche Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung aus zwölf europäischen Ländern zeigen, dass einem wachsenden Teil der jungen Menschen in der EU schon seit Jahren vor allem der Übergang von der Schule in eine unbefristete, regulär bezahlte Beschäftigung nicht mehr gelingt.

www.fes.de/themen/jugend/publikationen_jugendarbeitslosigkeit.php

Aus: *Soli aktuell* 12/2012

Jung und verarmt Hartz IV-Studie des DGB

Junge Menschen haben ein weit überdurchschnittliches Verarmungsrisiko. Laut Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit waren im September 2012 bundesweit 534.000 Jugendliche auf Hartz IV angewiesen.

www.dgb.de/-/SZJ

Film-Empfehlungen zu Gewerkschaften und Arbeitswelt

Die Initiative Schule und Arbeitswelt hat eine Liste empfehlenswerter Spielfilme, Kurzfilme und Dokumentarfilme zusammengestellt, die sich mit Gewerkschaften und der Arbeitswelt beschäftigen.

Die empfohlenen Filme sind als DVD im Handel oder über die einschlägigen Filmseiten bzw. Filmverleihe erhältlich. Filme, die im Internet kostenlos bereitstehen, sind mit der entsprechenden Verlinkung versehen.

[Zur Liste der Filme...](#)

*Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt*

Ende Januar 2013 fand zwischen Vertretern des Kultusministeriums und der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen ein Gespräch zu aktuellen berufsschulischen Fragen statt. Im Folgenden werden die wesentlichen Punkte dargestellt.

GEMEINSAMES UND TRENNENDES

– GESPRÄCH IM HKM

In durchaus angenehmer und wertschätzender Atmosphäre wurden nachstehende Themenbereiche erörtert:

1. Übergangsbereich und Zukunft der beruflichen Schulen

Einführend betonten die GEW-Vertreter/in ihre Grundposition:

- ☞ Keine Schülerin und kein Schüler wird zurück gelassen
- ☞ 10 Jahre Allgemeinbildung mit Lebens- und Arbeitsweltorientierung für Alle
- ☞ Kein Abschluss ohne Anschluss
- ☞ Recht auf vollqualifizierende Ausbildung

und fügten an, dass für die mittlere Zukunft trotz aller verstärkter Bemühungen in der Sekundarstufe I der Übergangsbereich in den beruflichen Schulen ökonomisch und pädagogisch verbleiben wird.

In seiner Erwiderung führte der Staatssekretär aus, dass „wir im Großen und Ganzen auf einer Linie liegen“ und „Solange es Schüler gibt, die keine Ausbildung im dualen System finden, muss es schulische Angebote geben“. Er machte aber auch deutlich, dass Parallelstrukturen und Konkurrenzen zur dualen Ausbildung nicht sinnvoll sind.

Im weiteren Verlauf wurde seitens der HKM-Vertreter immer mehr auf das gerade veröffentlichte Papier „HKM-Programm zur Reform des Übergangssystems“ vom Januar 2013 verwiesen und dies als „präventiver Ansatz“ bezeichnet. Stärkere Aktivitäten in und erhöhte Ressourcen für die Sek I werden, so die Hoffnung der HKM-Vertreter, die Probleme im Übergangsbereich deutlich reduzieren. In die vorgesehene „gestufte zweijährige Berufsfachschule“ werden Hauptschul-Absolvent/innen ohne weitere Zugangsvoraussetzung aufgenommen, so dass dahinein Ressourcen aus dem bisherigen BVJ/EIBE einfließen können. Damit sollen Zusatzangebote bereitgestellt, die unterrichtlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Abschlüsse geschaffen und sozialpädagogische Betreuung ermöglicht werden.

Unabhängig von der generellen Kritik an diesem HKM-Papier (vgl. hierzu den Beitrag auf S 12-13) betonten die GEW-V., dass die in EIBE bewährte Sozialpädagogische Begleitung im Unterricht in diesem Übergangsbereich auf jeden Fall erhalten bleiben muss (s. hierzu auch die Artikel im letzten iNSIDER und die Ergebnisse der GEW-Unterschriftenaktion).

Für die Berufsschule führten die HKM-V. aus, dass das Projekt QUABB in vollem Umfang fortgeführt werden soll. Außerdem würde die Lehrerrückstellung in der (Teilzeit-)Berufsschule zukünftig von bisher 12,5 auf 14,3

Stunden pro Klasse steigen, um Differenzierung und Förderung Raum zu geben.

Abschließend betonten die HKM-V., dass das neue HKM Papier ein „Diskussionspapier, ein erster Vorschlag“ sei, das nun breit diskutiert werden soll.

2. Weiterqualifizierung von Fachlehrenden für a.t. Fächer

Der GEW-Beschluss „Weiterqualifizierung von a.t. Fachlehrenden an beruflichen Schulen zu Lehrkräften mit Lehramt“ war dem HKM zuvor zugeschickt worden und bildete die Basis für das Gespräch. Die GEW-V. machten eingangs deutlich, dass sich die ehemals markant unterschiedenen Tätigkeitsfelder zwischen hier „Theorielehrenden“ und dort „Fachpraxis-Lehrkräften“ durch die Einführung der Lernfelder in 1995 wie auch durch die ansonsten von Allen in den Schulen zu erbringenden Tätigkeiten deutlich angenähert haben. Sie betonten den beiderseitigen Vorteil durch die vorgeschlagene Weiterqualifizierung.

Für die Fachlehrenden entstände die Möglichkeit zum Durchstieg zum Lehramt (Anerkennung, Motivation etc.). Das HKM erhielt dadurch Lehrkräfte, die unterrichtlich vielseitig einsetzbar sind und hätte dadurch weitaus mehr Flexibilität bei Rückgängen insbesondere im BVJ/EIBE und der BFS. Im Übrigen, so die GEW-V., könnte eine solche Weiter-

qualifizierungsmaßnahme weitestgehend kostenneutral erfolgen, wenn die jährlich mangels Bewerbern im Bereich der beruflichen Schulen freibleibenden 40 LIV-Stellen dafür verwendet würden.

Dieses Argument fand der Staatssekretär „besonders interessant“. Der Abteilungsleiter lud die GEW-V. zu dem mit dem „Netzwerk der Koordinator/innen für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Mittelhessen“ (s. iNSIDER 3 + 4/2012) verabredeten Gespräch im Mai 2013 ein.

(Inzwischen gab es ein Treffen zwischen dem Netzwerk, GEW, GLB und ULL, bei dem verabredet wurde, zu dem besagten Gespräch mit dem HKM gemeinsam zu gehen und die gemeinsamen Forderungen und Vorschläge vorzutragen.)

3. Verschiedenes.

Hier machten die GEW-V. auf aus Ihrer Sicht notwendige Änderungen in der Pflichtstunden-Verordnung aufmerksam. So sei die um eine Stunde höhere Pflichtstundenzahl der Fachlehrenden und der Lehrkräfte ohne Lehramtsbefähigung an beruflichen Schulen längst überholt und nicht mehr begründbar und müsste an die der Studierant/innen angeglichen werden. Die ohne Begründung vorgenommene Kürzung im Beruflichen Gymnasium im Schuldeputat und gleichzeitige Erhöhung im Leitungsdeputat wie auch die Erhöhung der Pflichtstunden für die Lehrkräfte in den Justizvollzugsanstalten müssten rückgängig gemacht werden. Der Staatssekretär machte an dieser Stelle deutlich, dass es in dieser Legislaturperiode keine Veränderung der Pflichtstunden-Verordnung mehr geben wird.

Gleichwohl sollten diese Punkte für die nächste Legislaturperiode „auf dem Schirm“ sein.

Am Rande dieses Gesprächs wurde dem Staatssekretär das im Auftrag des HKM vor längerem schon erstellte Rechtsgutachten zur „Selbstständigen Schule“ übergeben, das er interessiert entgegennahm.

Fazit aus meiner Sicht

Das Gespräch verlief in angenehmer Atmosphäre mit gegenseitigem Zuhören und gegenseitiger Wertschätzung bei teils übereinstimmenden, teils divergierenden Auffassungen. Solche Gespräche sollten nicht überbewertet, aber auch nicht unterbewertet werden. Sie führen meist nicht zu sofortigen Ergebnissen, können jedoch andererseits Kennenlernen und Verabredungen für Weiteres ermöglichen.

Dieter Staudt



Gesprächsteilnehmende

Vertreter des HKM: Abteilungsleiter Dieter Wolf; Staatssekretär Ralph Alexander Lorz; Stellv. Abteilungsleiter Klaus Bruno Müller (rechte Seite)

Vertreter der GEW: Redakteur des iNSIDERS Dieter Staudt; Stellv. Landesvorsitzende Birgit Koch; Vorstandsmitglieder der Fachgruppe Ralf Becker und Markus Heberling (Fotograf)

In einer Fachtagung zur Politischen Bildung an beruflichen Schulen am 6./7. Dezember in Weilburg verabschiedeten die Teilnehmenden nachstehende Resolution an die Kultusministerin.

ZUM ELEND DES POLITIKUNTERRICHTS AN BERUFLICHEN SCHULEN 2

Sehr geehrte Frau Ministerin, während einer durch das „XENOS-Bundesprogramm Integration und Vielfalt“ unterstützten Tagung zur Politischen Bildung an Beruflichen Schulen in Hessen am 6. und 7. Dezember 2012 in Weilburg stellten 22 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Hessen, darunter Ausbilderinnen und Ausbilder für Politik von Studienseminaren, Schulleiter, Fachbereichsleiterinnen und -leiter sowie Lehramtsstudenten für Politik folgendes fest:

Allgemein – auch von der Politik – wird bei jungen Menschen beklagt: Interesselosigkeit an Politik, wachsende rechtradikale und fremdenfeindliche Tendenzen, abnehmende Wahlbeteiligung und rückläufiges Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden.

Trotz dieser Tendenzen gab und gibt es so gut wie keine Aktivitäten des Hessischen Kultusministeriums, diesen Zustand zu verbessern. Zur Verdeutlichung werden folgende Befunde zum Zustand des Politischen Unterrichts und der Politischen Bildung an den hessischen beruflichen Schulen aufgeführt.

1. Für nahezu 80% der 184.500 Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen in Hessen gibt es kein Kerncurriculum (oder auch Lehrplan) für den Politischen Unterricht
2. Die Folge ist, dass es in der Regel keinen systematisch begründeten und zwischen den Schulformen abgestimmten Politikunterricht in den 11 beruflichen Schulformen gibt
3. Das Fach Politik und Wirtschaft hat innerhalb der Beruflichen Schulen einen geringen Stellenwert (fällt oft aus, wird für andere Fächer genutzt, ist nicht prüfungsrelevant)
4. Es gibt für den Politischen Unterricht an Beruflichen Schulen nur wenige Lehrkräfte, die an Universitäten für das Unterrichtsfach ausgebildet sind. Aus diesem Grunde wird in der zweiten Phase der Lehrerausbildung den angehenden Lehrerinnen und Lehrern, die kein klar zuordnendes Unterrichtsfach mitbringen, das Fach

Politik und Wirtschaft (zwangsweise) zugewiesen.

5. Oft müssen Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer den politischen Unterricht ohne formale Unterrichtsbefähigung übernehmen
6. Die unterschiedlichen Vorbildungen der Schülerinnen und Schüler sowie ihre spezifischen Interessen können in einem Unterricht in Politik und Wirtschaft, der in der Regel im Klassenverband durchgeführt wird, kaum berücksichtigt werden
7. Für den Bereich der Politischen Bildung gibt es für die Beruflichen Schulen so gut wie keine staatlich organisierten, systematischen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten (1)
8. Die Politische Bildung hat an den Beruflichen Schulen einen geringen Stellenwert. Die Folge davon sind wenig schulische Aktivitäten zur Politischen Bildung wie Projektstage/-wochen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Wettbewerbe etc.

Die beschriebenen Mängel dokumentieren, dass das Hessische Kultusministerium durch Unterlassungen und mangelnde Aktivitäten in diesem Bereich hinter den in § 2 des Hess. Schulgesetzes formulierten Zielen und Ansprüchen deutlich zurückbleibt.

Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer schlagen vor diesem Hintergrund folgende Aktivitäten und Schritte vor:

- ☞ Ein Kerncurriculum für die beruflichen Schulen insgesamt ist längst überfällig und muss umgehend entwickelt werden. Nur mit einem die unterschiedlichen Schulformen des beruflichen Schulwesens berücksichtigenden Kerncurriculum kann die vorhandene qualitative wie quantitative Beliebigkeit des politischen Unterrichts aufgehoben werden
- ☞ Unter Berücksichtigung von Bildungsstandards, einschlägiger lernpsychologischer Forschungsergebnisse sowie neuerer fachdidaktischer Erkenntnisse gilt es ein Curriculum zu entwerfen, das die inhaltlichen Schnitt-

stellen der unterschiedlichen Schulformen des beruflichen Schulwesens definiert, unnötige Doppelungen verhindert und die kategorialen Schlüsselfragen (Hermann Giesecke (1965), Gotthard Breit (1993,1997) Peter Massing (1997) sowie die neuere Auseinandersetzung um Konzepte der politischen Bildung zwischen den Autorengruppen um Weißeno/Detjen (2010) bzw. Besand/Sander (2011) für eine politische Bildung im 21. Jahrhundert aufnimmt. Hierzu bedarf es Kompetenzbeschreibungen, aber keiner Inhaltskataloge

- ☞ Die didaktisch-methodische Kompetenz sowie die Fachlichkeit der Lehrkräfte muss verbessert und den Erfordernissen eines neuen Curriculums angepasst werden. Hierzu muss ein Fortbildungskonzept erarbeitet und umgesetzt werden (2). Die dazu erforderlichen Ressourcen sind bereit zu stellen
- ☞ Ähnlich der Lernfeldforen sollen landesweite und regionale Fachgruppen gegründet und begleitet werden. Die dazu notwendigen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
als engagierte Vertreter der Politischen Bildung an den beruflichen Schulen wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie in der Hoffnung, dass angesichts des von uns beschriebenen absolut unbefriedigenden Zustandes das Kultusministerium nunmehr Aktivitäten in Richtung der von

uns vorgelegten Vorschläge entwickelt.
Hierzu bieten wir gerne unsere Mitarbeit an.

Gez. Dieter Staudt, Joachim Scheerer

(1) Die Teilnehmenden stellten lobend fest, dass das Bundesprogramm Xenos unter der Zuständigkeit des AfL bis 2014 eine chancenreiche Ausnahme darstellt.

(2) Das Fortbildungskonzept soll sich vornehmlich auch an diejenigen Lehrkräfte wenden, die zwar politische Bildung unterrichten, selbst jedoch keine entsprechende Hochschulausbildung dazu mitbringen (die wenigen Modultermine während des Referendariats reichen für diese Lehrkräfte nicht, um anschließend eine kompetente politische Bildung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten).

Diese Resolution ging zur Kenntnis an die Bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, die Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen, den Hessischen Landesausschuss für Berufsausbildung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und den Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen.

Zum Redaktionsschluss lag noch keine Antwort der Kultusministerin vor.

POLITISCHE BILDUNG OFFENSIV UNTERSTÜTZEN

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss –immer wieder, tagtäglich, bis ins hohe Alter“ (Oskar Negt 2010). Die Relevanz der politischen Bildung als Garant demokratischer Gesellschaftsentwicklung wird grundsätzlich nicht bestritten. Gerade in einer immer komplizierter werdenden Welt ist die Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge sowie die Folgen politischer Entscheidungen notwendig, um eigene Urteilskraft entwickeln zu können. Gesellschaftspolitisches Bewusstsein, Urteilskraft und Kreativität der Menschen müssen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme wirksam werden können. Die „Erklärung der Welt“ darf nicht elitären Populisten überlassen werden.“

Aus dem Antrag „Weimarer Thesen 2012 – Ein ‚Schutzschirm‘ für die Weiterbildung“ an den GEW-Gewerkschaftstag 2013



will Rainer Siebert von Adobe durch die Kooperation mit dem Amt für Lehrerbildung (AfL), den XENOS-Projektschulen in der Wetterau und dem Landkreis Gießen. Hierzu wurde eine Vereinbarung unterschrieben.

Zunächst einmal werden den Schulen Programm-Lizenzen im Wert von 10.000,- € zur Verfügung gestellt, um im Bereich eLearning aktiv werden zu können, denn im Mittelpunkt stehen neue Lernformen und dazu gehört auch das Online-Lernen, weil so u. a. ortsunabhängiges Zusammenarbeiten und Lernen ermöglicht wird. Eigens dafür stellt das Amt für Lehrerbildung einen Mitarbeiter frei, um Lehrkräfte u. a. mittels neuer Lernplattformen zu qualifizieren, denn Software alleine schafft die notwendigen Innovationen nicht. An der Technikerschule Butzbach wird diese Software ebenfalls zum Einsatz kommen, damit dort die Lernangebote auch im Teilzeitbereich wesentlich erweitert und attraktiver gestaltet werden können.

Die Zusammenarbeit mit dem internationalen Konzern geht aber weit über die Überlassung von Programmlizenzen hinaus. Adobe wird bei der Projektumsetzung mit dem Schwerpunkt Übergang Schule – Beruf bzw. bei der Einbeziehung von Firmen für den Bereich Integration und Vielfalt, beim Ausbau des Netzwerkes gegen Gewalt und Rassismus, aber auch bei der Implementierung dieser nachhaltigen Strukturen aktiv mitwirken.

Es ist davon auszugehen, dass durch diese Kooperation auch die Schulen neue Impulse für den wichtigen Bereich der Berufsorientierung erhalten und in diesem Zusammenhang für die Ausbildung der Schüler/innen brauchbare Qualifikationen. Dies gilt außerdem für die vollschulischen Bildungsgänge, so u. a. für die medientechni-

schen Assistenten an der Beruflichen Schule in Butzbach.

In der Pressekonferenz betonte Integrations- und Europaminister Jörg-Uwe Hahn, Schirmherr der XENOS-Maßnahme, dass dieses Projekt „... eine Initialzündung für Innovationen darstellt und die Aktivitäten nicht nur für die Schüler/innen sondern auch für die Lehrkräfte besonders wichtig sind, wenn sich die Schule verändern soll.“ Frank Sauerland, Direktor des AfL, unterstrich in seinem Beitrag, dass die XENOS-Maßnahme eine sehr hohe Relevanz in seiner Behörde besitzt und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft äußerst wichtige Impulse setze, denn die Lehrerbildung dürfe den Kontakt zur Wirklichkeit nicht verlieren. Neue Methodologien in Verbindung mit neuen Techniken befürwortet er sehr, wobei verhindert werden sollte, dass so etwas wie eine „digitale Demenz“ Einzug hält.

Der Vertreter von Adobe brachte seine Erfahrungen ein und stellte fest, dass nicht selten die Schüler/innen im Bereich der Umsetzung von Adobe-Software über eine höhere Kompetenz verfügen als Lehrkräfte. Hier möchte er gerne helfen, diesen Sachverhalt aus zu nivellieren und so könnten schnell Schüler Lehreraufgaben übernehmen. Besonders freut es ihn, dass zukünftig mit den Programmen Materialien gegen rechts erarbeitet werden, denn in seiner Firma wird viel Wert darauf gelegt, dass Mul-

tikulturalität konstruktiv wahrgenommen wird, was durchaus nicht selbstverständlich ist. Es gibt in seinem Haus zum Thema „Fremdheit“ Lehrgänge, die sicherstellen sollen, dass ein konstruktives Miteinander entsteht, wenn Asiaten mit Europäern, Afrikanern oder Amerikanern zusammenarbeiten. Auch hier kann das Projekt von den spezifischen Erfahrungen im Haus Adobe profitieren.

Dem verantwortlichen Dezernenten im Wetteraukreis ist es wichtig, der Verunsicherung von Schüler/innen entgegenzuwirken. „Schüler gegen rechts zu wappnen heißt, sie nicht fallen zu lassen, sondern für Übergänge in eine Ausbildung zu sorgen. Den beruflichen Schulen kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu, wenn der Vorsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ernst genommen wird.“ Dirk Haas, als selbständiger Unternehmer aktiv, unterstützt diese Aussagen und freut sich, dass das multinationale Unternehmen nun auch die berufsbildende Willy-Brandt-Schule ebenso unterstützt wie die anderen fünf allgemein bildenden XENOS-Projektschulen im Landkreis.



Text und Bild: Dan Löwenbein

JUNG, OSTDEUTSCH UND ERSCHRECKEND RECHTS

VON WERNER KOLHOFF

EXTREMISMUS - STUDIE

In den neuen Ländern nimmt die Ausländerfeindlichkeit massiv zu - Die Forscher sprechen von Problemen abgehängter Regionen

Während in Westdeutschland die Zahl der Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild sinkt, nimmt sie in den neuen Bundesländern einer aktuellen Studie zufolge stark zu.

Seit dem Jahr 2002 lässt die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre die Deutschen repräsentativ nach rechtsextremen Einstellungen befragen. Ein so krasses Ergebnis wie in diesem Jahr gab es noch nie: 15,8 Prozent der Ostdeutschen haben nach der gestern veröffentlichten Untersuchung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Westen (7,3 Prozent).

Wie gingen die Forscher vor?

Sie befragten zufällig ausgewählte 2415 Personen. Sie stellten je drei Fragen zu sechs Kategorien von rechtsextremen Einstellungen: Befürwortung einer Diktatur, übersteigertes Nationalgefühl, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus (Judenfeindlichkeit), Sozialdarwinismus (Recht des Stärkeren) und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Wenn jemand in allen sechs Bereichen die Fragen deutlich bejaht, spricht man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Derjenige hat also beispielsweise etwas gegen Juden und gegen Gastarbeiter, findet, dass Hitler nicht nur Schlechtes gemacht hat und wünscht sich, dass in Deutschland ein starker Führer regiert.

Wie fällt der Ost-West-Vergleich aus?

Schlecht für die neuen Länder, obwohl die Forscher sagen, dass es sich nicht um ein regional begründetes Phänomen handelt, sondern um Probleme abgehängter Regionen. Die freilich gibt es überwiegend im Osten. Generell liegen die Ostdeutschen in fünf von sechs Rechtsextremismus-Kategorien „vor“ den Westdeutschen. Nur bei der Frage, ob der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten gehabt habe, ist die Zustimmung im Westen höher. Seit 2002 hat der Anteil von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild im Osten von 8,1 Prozent auf jetzt 15,8 Prozent zugenommen, während er im Westen von 11,3 auf 7,3 Prozent zurückging. Die Ausländerfeindlichkeit stieg im Osten in

den vergangenen zehn Jahren sogar von 30,2 auf 38,7 Prozent - obwohl es dort nach wie vor wenig Ausländer gibt.

Gibt es Unterschiede zwischen den Altersgruppen?

Rechtsextremistische Einstellungen sind in den neuen Ländern kein Problem der Alten mehr. 7,7 Prozent der jungen Menschen in den neuen Ländern befürworten eine Diktatur (nur 3,8 Prozent der Alten), 6,2 Prozent verharmlosen die Hitler-Diktatur. Bei den über Sechzigjährigen ist der Anteil halb so groß. Die Ost-Jugend hat in allen Kategorien auch drei bis fünf Mal so hohe Werte wie die jüngere Generation im Westen Deutschlands.

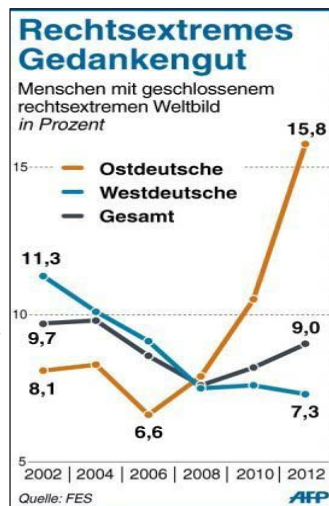
Welche Ergebnisse gab es noch?

Menschen mit Abitur denken der Untersuchung zufolge nur halb so häufig rechts wie Menschen ohne Abitur. Bildung wirkt also aufklärend. Offene und indirekte Judenfeindlichkeit sind weit verbreitet. So stimmen mehr als 20 Prozent aller Befragten der Aussage zu, dass Juden zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung hätten und sogar 62 Prozent finden, man solle sich nicht mehr so viel den Ereignissen vor 70 Jahren widmen. Ebenfalls stark zunehmend: die Islamfeindlichkeit. 57 Prozent halten die islamische Welt für rückständig, 56 Prozent den Islam für eine archaische Religion, die sich nicht der Gegenwart anpassen könne.

Was sagen Politiker zu den Ergebnissen?

Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagsvizepräsident, sagte dem ECHO: „Die Studie ist eine alarmierende Anfrage an das Bildungssystem und die Familie in den neuen Ländern.“ Sie zeige deren politische und moralische Schwächen auf. Zugleich werde deutlich, dass Rechtsextremismus vor allem sozial-ökonomische Ursachen habe. „Nur wenn wir den jungen Menschen überall in Deutschland gute berufliche Perspektiven geben, können wir dieses Phänomen stärker eingrenzen.“ Daneben sei weiterhin das beherzte Engagement aller Demokraten nötig.

Internet Die komplette Studie „Die Mitte im Umbruch“ gibt es im Internet unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de



Darmstädter Echo 13.11.2012

Ende Januar legte das Hessische Kultusministerium dem Landesausschuss für Berufsbildung ein Papier vor mit dem Titel „HKM-Programm zur Reform des Übergangssystems“. Die Reaktionen auf das Papier, das mittlerweile an Schulen kursiert, gehen von Unverständnis über Kritik und Empörung bis zu massiver Ablehnung und das bei allen Akteuren, auch bei den Arbeitgeberverbänden.

HKM-PROGRAMM ZUR REFORM DES ÜBERGANGSSYSTEMS

Als Ziele seiner Reform formuliert das HKM: Senkung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss, stärkere Verzahnung zwischen allgemein bildender und beruflicher Schule, regionalbezogener Rückbau vollschulischer Berufsausbildungsangebote; kein Wort zu Ausbildungsgarantie und Nachqualifizierung von jungen Menschen ohne Berufsabschluss. Schon die formulierten Ziele machen deutlich, dass die zentralen Probleme beim Übergang in Ausbildung und Beruf im HKM nicht präsent sind.

Mittelstufenschule als Allheilmittel

Die Lösung nahezu aller Probleme beim Übergang von Schule in Beruf soll der Ausbau der Mittelstufenschule bringen. In dieser allseits kritisierten Schulform der Sekundarstufe I soll die Berufsorientierung ausgebaut werden und von den Beruflichen Schulen durch einen Praxistag mit 8 Stunden umgesetzt werden. Es ist schon erstaunlich, wie die Kultusadministration sich das vorstellt. Da werden Schülerinnen und Schüler im Alter von 13/14 Jahren an eine fremde Schule geschickt, ohne dass Lehrkräfte, die die Jugendlichen kennen, sie begleiten sollen. Für die Koordination gibt es weder Stunden an den Mittelstufenschulen noch an den Beruflichen Schulen. Die Zuweisung an die

BBS ist so eng bemessen, dass höchstens 4 Stunden arbeitstechnischer Unterricht möglich sind. Hinzu kommen ungeklärte Fragen zum Unfallschutz, zur Arbeitssicherheit, zur Gestaltung der Arbeitsräume usw.

Gestufte Berufsfachschule als Selektionsinstrument

Die zweijährige BFS zum mittleren Abschluss soll ersetzt werden durch eine gestufte Berufsfachschule. Durch neue Zulassungsvoraussetzungen (Hauptschulabschluss ohne Notenvorgaben) sollen dort alle Jugendlichen mit Hauptschulabschluss beschult werden, die den Übergang in Berufsausbildung noch nicht geschafft haben und noch schulpflichtig sind. Der Übergang ins zweite Jahr mit der Möglichkeit der Erlangung des mittleren Bildungsabschlusses soll nur mit guten Leistungen im ersten Jahr möglich sein.

Der Wegfall der Notenvorgaben wäre zu begrüßen, aber nur wenn die gleichen Klassenteiler gelten wie in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung und die Zuweisung von Sozialpädagogik der bei EIBE entsprechen würde. Dies ist aber nicht beabsichtigt. Abzulehnen ist die Stufe in der Schulform. Was passiert mit den Leistungsschwachen? Erfahrungsgemäß sind das doch die Jugendlichen, die die geringste Chance haben, einen Ausbil-

dungsplatz zu finden. Antwort der Abteilungsleitung des HKM: „Für die haben wir die Schulpflicht erfüllt!“.

Abbau der schulischen Berufsausbildung

Die GEW fordert, dass für Jugendliche ohne duale Ausbildung ein gleichwertiges schulisch-kooperatives Angebot geschaffen werden muss. Das HKM will das Gegenteil, die bisherigen Höheren Berufsfachschulen sollen abgebaut werden. Die einjährige Höhere Berufsfachschule soll abgeschafft werden und ein Großteil der Fachrichtungen der zweijährigen Höheren Berufsfachschule nicht mehr angeboten werden. Die geplanten Änderungen sind nicht pädagogisch oder bildungspolitisch begründet, sondern verfolgen lediglich das Ziel, „Synergien“ zu erzielen, zu „optimieren“ und vermeintliche „direkte Konkurrenz“ zur dualen Berufsausbildung abzubauen.

Abbau der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung

Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung soll es nach Vorstellung des HKM so gut wie nicht mehr an Beruflichen Schulen geben und dann lediglich nur noch mit Rahmenbedingungen wie im BVJ vor 30 Jahren. Zum einen hofft das HKM, dass durch nur grob umrissene Förderkonzepte in der Hauptschule der Anteil der Abgän-

ger ohne HS-Abschluss geringer wird. Zum anderen wird ein relativ hoher Anteil von Jugendlichen, die bisher in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung unterrichtet wurden, in die erste Stufe der Berufsfachschule verschoben. Der Förderbedarf bei den meisten Jugendlichen ändert sich dadurch aber nicht und somit auch nicht deren Perspektiven auf dem Ausbildungsmarkt. Zudem sollen fast alle Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, mit denen bisher EIBE finanziert wurde, in die SEK I fließen. Was in 30 Jahren von den Beruflichen Schulen im Bereich Ausbildungsvorbereitung aufgebaut wurde, wird hierdurch zerstört.

Fazit: Hauptsache Schulpflicht erfüllt!

Die hessische GEW fordert in ihrem Konzept zur Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf:

- ☞ eine allgemein bildende Schule, die jede Schülerin / jeden Schüler zu einem allgemein bildenden Abschluss nach 10 Jahren führt
- ☞ möglichst die berufliche Ausbildung für alle im Dualen System
- ☞ für Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, eine vollwertige schulisch-kooperative Berufsausbildung nach BBiG in einer „Neuen Berufsfachschule“ und
- ☞ für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Problemlagen die Schaffung eines landesweiten Produktionsschulangebots.

Davon ist im HKM-Konzept nichts zu finden. Dem Ganzen fehlt ein pädagogischer wie auch bildungspolitischer Hintergrund. Ein Gesamtkonzept ist nicht zu erkennen, außer dem Ziel, möglichst viele Ressourcen einzusparen bzw. von den Beruflichen Schulen in die Hauptschule zu verlagern; in einen Bildungsgang also, dem in der aktuellen bildungspolitischen

Diskussion keine zukunftsweisende Bedeutung mehr zugesprochen wird.

Es geht dem HKM im Wesentlichen nur darum, Schulformen der beruflichen Schulen entweder abzuschaffen oder so weit wie möglich zu „reduzieren“. Während das so entstehende System für die ‚besseren‘ Schülerinnen und Schüler noch eine Vielzahl von Perspektiven eröffnet, werden die Möglichkeiten für Benachteiligte stärker eingeschränkt. Nach Verlassen der allgemein bildenden Schule bleiben ihnen lediglich die personell ausgedünnten Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung oder die erste Stufe der neuen BFS. Wer schon in der Sek I Probleme hatte, wird es in diesem System noch schwerer haben. Die Fördermöglichkeiten in der Beruflichen Schule werden drastisch reduziert und viele der jungen Menschen, die mit den heutigen Übergangsmaßnahmen noch irgendwie gefördert werden, werden dies in Zukunft nicht mehr. Die werden ihre Schulpflicht erfüllen und damit basta.

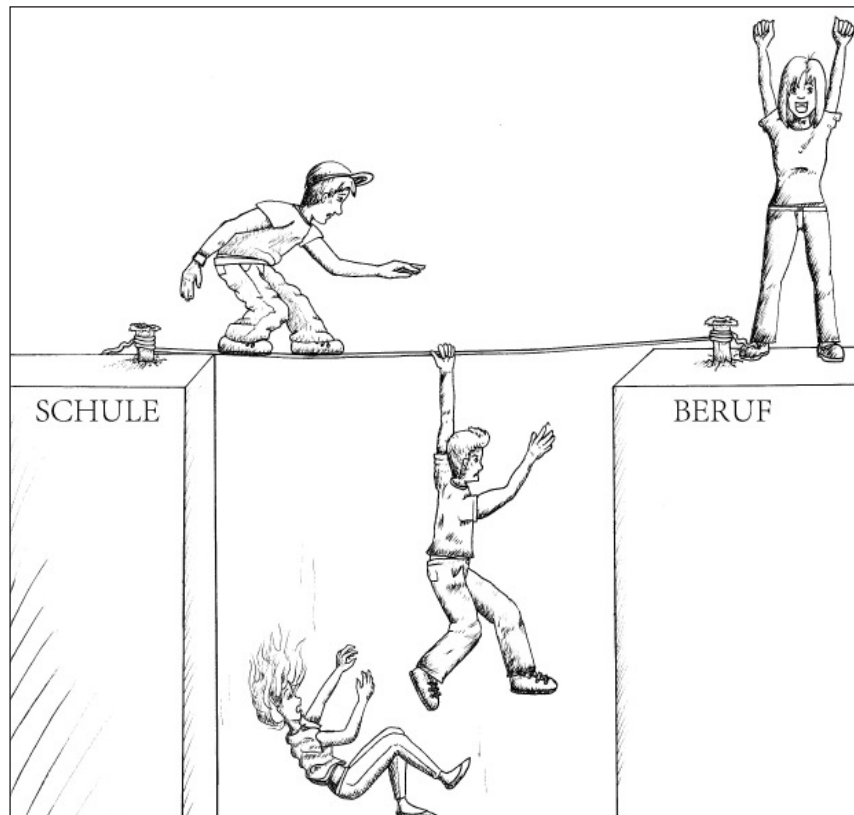
Aufruf: Sich regen und bewegen!

Dieses „HKM-Programm“ darf nicht umgesetzt werden. Wir fordern dazu auf, in Konferenzen und Schulgruppen dieses Papier zu diskutieren und in Beschlüssen dagegen Stellung zu beziehen! Kopien der Stellungnahmen bitte auch an die Redaktion senden.

Ralf Becker

Das HKM-Papier und der Beschluss der GEW Hessen vom 16. März 2013 dazu, sowie das Konzept der GEW Hessen zur Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf können angefordert werden bei:

r.becker.gew@gmx.de



hprll

Hauptthemen im Hauptpersonalrat waren die Umsetzung des „Schulverwaltungsorganisationsstrukturformgesetzes“ (SchVwOrgRG) und die „rechnerisch dargestellte“ 105% Zuweisung. Im beruflichen Bereich standen die Verkürzung der ErzieherInnenausbildung, die Pflichtstundenverordnung, LiV-Einstellung zum 1.5., das geänderte Zuweisungsverfahren für die beruflichen Schulen, die Fortführung der vollschulischen Maßschneiderausbildung und die Selbständige Schule auf der Tagesordnung.

Verkürzung ErzieherInnenausbildung

Ende Januar legte das Ministerium einen Verordnungsentwurf für die Fachschule Sozialpädagogik vor. Er sah vor, dass für Studierende, die vorher die HBFS Sozialassistenten besucht hatten, das Anerkennungsjahr um ein halbes Jahr verkürzt wird. Die Studierenden müssen dies lediglich anzeigen. Bisher hatte das Ministerium die Meinung des zuständigen Referats in der Abteilung geteilt und eine Verkürzung abgelehnt. Die neue Ministerin hat sich anscheinend dem Druck des Sozialministeriums gebeugt und einer Verkürzung zugestimmt, eventuell auch in der Hoffnung, in Zukunft dadurch Stellen einzusparen. In der Erörterung mit dem HPRLL wurde sehr schnell deutlich, dass das HKM einer sachlichen Argumentation nicht zugänglich war. Der Landesstudierendenrat hat sich konstituiert und die Verkürzung abgelehnt. Bleibt das Ministerium bei seiner Meinung und der Landestudierendenrat lehnt die Verkürzung innerhalb von 10 Wochen erneut mit 2/3 Mehrheit ab, muss nach dem Schulgesetz das Kabinett entscheiden. Das könnte knapp werden vor der Landtagswahl.

Es gab und gibt eine Vielzahl von Protesten gegen die Verkürzung. So haben sich die Studierenden zusammengeschlossen und am 20. März in Frankfurt, Kassel, Darmstadt, Limburg, Wetzlar, Wiesbaden und weiteren Standorten in Hessen demonstriert. Auf dem Römer in Frankfurt waren alleine über 1000 Studierende. Alle Schulen haben in einer gemeinsamen Erklärung die Verkür-

zung abgelehnt und eine bessere Anerkennung der Ausbildung und der Absolventen der Fachschule Sozialpädagogik gefordert (anfordern unter r.becker.gew@gmx.de). GEW und ver.di, Arbeitsgemeinschaft der Direktoren, Trägervereinigungen und viele andere Organisationen haben sich dem Protest angeschlossen. Die Proteste gehen nach den Osterferien weiter. Beteiligt euch an diesen Protesten, damit die Verordnung noch gekippt wird.

LiV-Einstellung zum 1.5.

Das Einstellungsverfahren ist bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Es zeichnet sich jedoch ab, dass auch zu diesem Termin fast ein Drittel der Plätze nicht besetzt werden können. Der Mangel an ausgebildeten Berufsschullehrkräften wird besorgniserregend. Reaktion seitens des Ministeriums: Fehlanzeige!

Zuweisungsverfahren für die beruflichen Schulen

Kurz vor Redaktionsschluss wurde das neue Zuweisungsverfahren für die beruflichen Schulen mit dem Ministerium erörtert. Unklar bleibt, ob der Wolf-Erlass vom Juni 2012 (Keine Stellenzuweisung in Vollzeitformen, wenn im zweiten Jahr die Klassenmindestzahlen unterschritten werden. Vergl. Insider 2/2012) wirklich hinfällig ist oder durch die Hintertür doch noch umgesetzt werden soll. Eine Stellungnahme wurde noch nicht beschlossen, da der Hauptpersonalrat noch auf die schriftliche Antwort des Ministeriums zur Frage der affinen Berufe wartet. Was deutlich wird: durch immer neue Regelungen wird versucht, Stellen einzusparen.

Fortführung der vollschulischen Maßschneiderausbildung

An einzelnen Schulen wurde die Fortführung der vollschulischen Maßschneiderausbildung in Frage gestellt.

Durch Intervention von Hauptpersonalrat und Schulpersonalräten konnte erreicht werden, dass zum kommenden Schuljahr die Standorte gehalten werden konnten. Ob dies in den folgenden Schuljahren so bleibt, ist fraglich und erfordert deshalb weitere Wachsamkeit und engagierten Einsatz vor Ort mit Unterstützung von HPRL und GEW.

Pflichtstundenverordnung

Die Diskussion der neuen Pflichtstundenverordnung spitzt sich auf die Frage zu: wer entscheidet über den Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung (4% von den 104%). Es geht dabei - je nach Größe einer Beruflichen Schule - um 2-5 Stellen und um wesentlich mehr Deputatstunden, die beim Schuldeputat verteilt werden. Für Selbstständige Schulen regelt die Pflichtstundenverordnung, dass der Schulleiter die Stellen ins Schulleitungsdeputat verschieben kann und somit selbst über die Verteilung entscheidet, bei nicht Selbstständigen Schulen kann er nur 20 % ins Schulleitungsdeputat verschieben. Dies sind alles nur ‚kann‘-Regelungen, wo davon auszugehen ist, dass verantwortungsvolle Schulleitungen sie nicht oder zumindest nur im Konsens mit Personalrat und Kollegium anwenden.

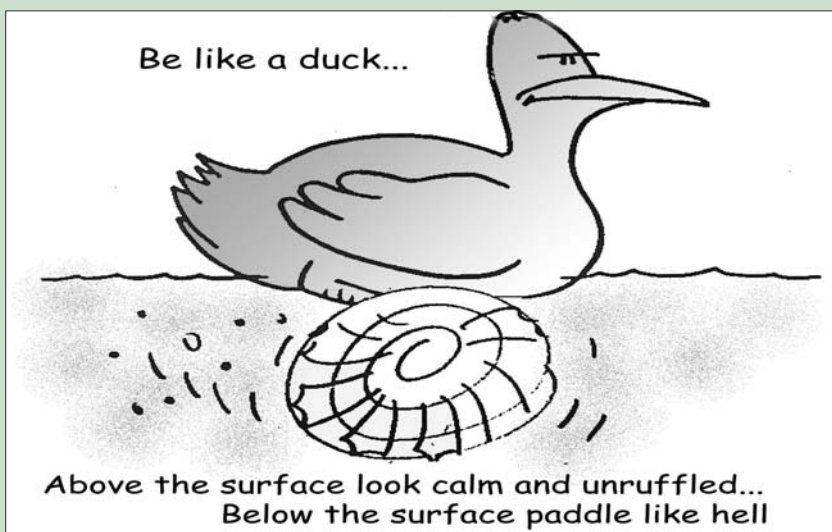
Das Ministerium vertrat zu Beginn der Erörterung die Auffassung, dass der Schulleiter alleine über den Zuschlag entscheide. Der HPRL sichtigte die unterschiedlichen Regelungen im Schulgesetz zu Entscheidungskompetenzen an Schulen und schloss daraus, dass die Schulkonferenz entscheidet. Deshalb forderte er das Ministerium auf, die Regelungen, die für den Haushalt der Schule gelten und seit langem an Schulen praktiziert wird, auch auf den Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung anzuwenden: Der Schulleiter stellt nach Diskussion mit der Schulleitung einen Haushaltsplan auf, das Kollegium bringt seine Vorstellungen in der Gesamtkonferenz ein und in der Schulkonferenz fügen Eltern- und Schülerschaft ihre Überlegungen hinzu. Die Schulkonferenz beschließt den Haushalt endgültig. Gestärkt wurde die Argumentation des HPRL durch die Ministerin. In ihrer Pressemitteilung vom 6.2.2013 schreibt sie, dass die Schulen im Rahmen des Schulprogramms über den Zuschlag entscheiden. Die Entscheidung über das Schulprogramm trifft nach Hessischem Schulgesetz die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz.

Selbständige Schule (SES, SBS, RSBS)

In ihrer Pressemitteilung vom 6. Februar versprach die Ministerin für SES, SBS und RSBS die Möglichkeit des „Einsatzes von zusätzlichem Personal im pädagogischen Bereich und nicht lehrendem Personal zur Assistenz in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, sobald die erlassliche Regelung vorliegt. Der Entwurf befindet sich derzeit im personalvertretungsrechtlichen Beteiligungsverfahren.“

Kurz vor den Osterferien wurde der Erlassentwurf dem HPRL vorgelegt. Der Erlass beschränkt sich auf „nicht lehrendes Personal zur Assistenz“. Die angehängte Stellenbeschreibung deutet darauf hin, dass es ausschließlich um Verwaltungskräfte geht, die im Wesentlichen die Aufgabe haben, Schulleitungen zu entlasten. Es sieht fast so aus, dass hier durch die Hintertür ein kaufmännischer Leiter (darauf deutet die maximale Besoldungshöhe hin) bzw. persönlicher Assistent des Schulleiters institutionalisiert werden soll. Eine Erörterung des Erlasses fand noch nicht statt.

Ralf Becker



Schulung für schulische Personalvertretungen der Selbstständigen Beruflichen Schulen

Veranstaltungsnummer:
50690148

26. und 27.06.2013

Tagungsstätte Weillburg

Referent: Ralf Becker, Mitglied HPRL

Anmeldung über die Homepage des Landesschulamts

In den letzten Jahren begeben sich zunehmend mehr Schulen – auch in Hessen und auch berufliche Schulen – auf dem Weg zu Schulpartnerschaften oder/und zum Schüleraustausch mit Schulen in China. Der nachfolgende Beitrag eines Religionslehrers an einer beruflichen Schule unterzieht diese Aktivitäten aus mehreren Blickwinkeln einer kritischen Betrachtung und fordert zur Republik auf.

PÄDAGOGISCHER ALBTRAUM?

Mir träumte, nach einer kurzen Abwesenheit wieder die vertraute Schule zu betreten, aber vielen fremden jungen Gesichtern zu begegnen. Asiatische Blicke, genauer gesagt chinesische trafen die meinen. Ich muss wohl sehr irritiert geschaut haben. Und mit dieser Verunsicherung wachte ich auf. Die nächtlichen Bilder beschäftigten mich noch auf meinem realen Schulweg, denn sie hatten zu meiner schulischen Realität ja keinerlei Bezug. Vertrauten Kollegen erzählte ich dann in der Pause von meinen Hirngespinnsten. Ihre Reaktion führte mich in die nächste Irritation: Ob ich davon noch nichts gehört habe. Wovon? Na davon, dass man in Hessen derzeit die Fühler verstärkt in Richtung China ausstreckt, von wegen Schüleraustausch und so. Es seien gerade auch von unserer Schule mehrere Kollegen für eine Erkundungsfahrt ins Reich der Mitte angemeldet worden. Meine nächtliche Fantasie entspreche jedenfalls beinahe der Realität...

Nein, davon hatte ich nichts gewusst. Wieso eigentlich? Es hatte keine Mitteilung der Schulleitung gegeben, dass derartige Dinge geplant seien. Auch auf den letzten Gesamtkonferenzen war davon keine Rede. Was also lief da plötzlich im Hintergrund? Warum wurde kein Votum des Kollegiums eingeholt, ob wir einer Schulpartnerschaft samt entsprechendem Schüleraustausch überhaupt positiv gegenüberstünden?

In den folgenden Tagen ging mir die Sache nicht mehr aus dem Kopf. Wieso China? Wieso jetzt? Und wieso auf so stillem Umweg? Ich ließ meinen Gedanken freien Lauf, recherchierte ein wenig und sammelte ein paar erste Notizen:

1. China. Ausgerechnet das Land, das zwar die Schlagzeilen füllt mit seinen wirtschaftlichen Rekordzahlen, das aber auch laufend für Negativmeldungen sorgt, sei es der Hausarrest von Regimegegnern, die Nachrichten- und Internet-Zensur durch die Regierung oder gravierende Menschenrechtsverletzungen. Und nicht zuletzt die Todesstrafe. Dort werden jährlich mehr Menschen hingerichtet als in allen anderen Ländern zusammen, die diese barbarische Strafe noch praktizieren. Die Volksrepublik China ist faktisch ein kommunistisch geprägter und totalitärer Staat, der sich derzeit den fragwürdigen Segnungen des Kapitalismus öffnet und darum auch zunehmend Kontakte zum Westen sucht. Fakt ist, dass China eine Parteiendiktatur ist, die sich gerne den Anschein einer demokratischen Struktur geben möchte, um von unbarmherzig-rigiden Vorgehensweisen gegenüber den eigenen Bürgern abzulenken.

Warum suchen wir also gerade dort nach einer Schulpartnerschaft? Spielen all die Kritikpunkte gegenüber der dortigen politischen Realität plötzlich keine Rolle mehr? Stellen wir unsere sonst so hoch gehaltenen Werte wie Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit

und Menschenwürde einfach mal in die zweite Reihe, weil es gilt, mit der Wirtschaftsmacht Nummer 1 freundschaftlich anzubandeln?

Aber sollen wir das nun in der Schule genauso machen? Gewiss wäre chinesischen Schülern mal die Erfahrung zu wünschen, wie Gesellschaft, Politik und Bildung auch anders funktionieren als daheim. Doch wollen wir unsere Schüler bedenkenlos dort hinschicken?

2. Da fallen mir auch Bilder ein aus Dokumentationen über die Realitäten der Arbeitswelt in der Volksrepublik. Berichte über moderne Sklavenarbeit. Anders kann man es nicht nennen. Zum Beispiel aus einer Jeans-Fabrik, wo die beliebten Hosen auch für den europäischen Markt produziert werden. Zahllose jugendliche Arbeiterinnen schufteten dort für einen Hungerlohn unter Bedingungen, die hier zu Lande inakzeptabel wären und jeden Gewerkschafter zum Arbeitskampf aufrufen ließe. Aber so etwas gibt es in diesen Betrieben nicht. Die Mädchen schaffen mindestens 12 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Ihren spärlichen Lohn schicken sie ihren Familien, von denen sie weit entfernt leben müssen. Humanität am Arbeitsplatz, Sozialversicherung usw.? Fehl-anzeige? Schule und Weiterbildung? Offenbar nur für eine Elite. Schöne neue Welt der Globalisierung. Gnadenloser Kampf um Preise und Profite. Wo sich das kapitalistische Karussell mit Volldampf dreht, bleiben am

Ende nur Opfer zurück. Spielt das für unsere Suche nach Schulpartnern keine Rolle?

3. Was erwarten wir eigentlich unter pädagogischen Gesichtspunkten von einem solchen Austauschprogramm? Wie viel „Gefälle“ in Sachen Bildung und Pädagogik verträgt eigentlich eine Schulpartnerschaft? Wie viel an „Kontrast-Erfahrungen“ dürfen wir letztlich unseren Schülern zumuten, sofern wir sie für ein paar Wochen (?) dorthin „austauschen“?

Werden sie dort nicht auf eine Schulrealität stoßen, wie wir sie aus anderen asiatischen Ländern kennen, wo man den schulischen Alltag eher mit dem Wort „Drill“ umschreiben würde? Dass in China ein anderes Menschenbild die Politik und damit auch die Bildung bestimmt, ist ja auch keine Neuigkeit. Was sollen und können unsere Schüler letztlich dort lernen? Inwiefern passt der vermutbare pädagogische Nährwert des Austauschs zu unserem Bildungs- und Erziehungsauftrag? Stimmt das alles noch mit unserem mühsam erarbeiteten schulischen Leitbild zusammen? Wird dieses Austausch-Angebot im Fall des Falles auch die Zustimmung einer elterlichen Mehrheit finden, schließlich wird es nur dem begüterteren Teil des Eltern möglich sein, den Preis dafür zu zahlen?

4. Hier fällt mir auch der Satz ein „Warum denn in die Ferne schweifen...“. Wenigstens an unserer Schule gab es in der Vergangenheit bereits entsprechende Partnerschaften mit Schüleraustausch ins benachbarte Ausland. Teils sind sie eingeschlafen bzw. wurden nicht weiter gepflegt. Fakt ist vor allem, dass wir hinsichtlich der bei uns unterrichteten Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch) keine Partnerschulen bei unseren EU-Nachbarn haben. Wieso wird nicht zuerst einmal

dieses Potenzial ausgeschöpft? Bräuchte das nicht – wenn man schon per Nutzen denkt – größere Verwertungs-Chancen mit sich als der Kontakt nach Fernost?

5. Wenn nun einzelne Kollegen zur Erkundung hinfliegen, frage ich mich: Wie viel Ehrlichkeit und Realismus darf ich dort als ausländischer Besucher erwarten, wenn ich durch Schulen, Betriebe oder andere Einrichtungen herumgeführt werde? Darf man das für bare Münze nehmen, was einem dort vorgeführt und erklärt wird? Wenn man den Journalisten vertraut, die aus China berichten, so erfährt man, dass das, was die staatlichen Stimmen verlauten lassen, das ist, was die fremden Ohren hören sollen.

6. Alles in Allem: Ein „ökonomisches Diktat“ des Zeitgeistes kann nicht der Wind sein, in dem wir unsere pädagogische Flagge wehen lassen sollten. Seit Jahren wird daran gefeilt, unserem Bildungssystem eine quasi-ökonomische Struktur zu verpassen: wesenhaft zweckfreie Bildung wird verstärkt am „outcome“ orientiert, die Tauglichkeit

und „Verwertbarkeit“ für den Arbeitsmarkt bestimmt zunehmend das schulische Wirken, Schulen werden in eine Selbstständigkeit entlassen, die eigenartige Konkurrenzverhältnisse mit sich bringt usw.

Wir sollten also nicht vergessen, wofür wir als öffentliche Schule stehen, was unser Anliegen und was unser Ziel ist und sein soll! Unser hessisches Schulgesetz konkretisiert jedenfalls einen Werte-Horizont, der sich deutlich gegen jede Verzweckung der Bildung ausspricht. Und das so massiv in unseren Alltag eingedrungene „Made in China“ darf nicht von einem wirtschaftlichen Logo zu einem vermeintlich nötigen pädagogischen Handlungsmotiv umetikettiert werden!

Soweit meine ersten Notizen. Vielleicht fügen Andere noch welche hinzu. Und hoffentlich nehmen alle teil am gemeinsamen Träumen und verantwortlichen Gestalten unserer Schulen!

Reiner Jungnitsch



GEGEN DIE ERHÖHUNG DES ANRECHNUNGSFAKTORS PRO LiV

Nachdem das Hessische Lehrerbildungsgesetz novelliert worden war, hofften alle an der Ausbildung Beteiligten darauf, dass die Mittel, die durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes um drei Monate gespart würden, in der Ausbildung verbleiben und u. a. zur Entlastung der Mentorinnen und Mentoren verwendet werden würden.

Dies ist jedoch nicht geschehen; im Gegenteil:

- Die Entlastung der Mentorinnen und Mentoren wurde nicht realisiert.
- Die LiV werden den Ausbildungsschulen statt mit 6,4 Stunden mit 8 Stunden pro Halbjahr angerechnet. Unter Einbeziehung des doppelt besetzten Unterrichts von vier Stunden haben die LiV damit eine Unterrichtsbelastung von 12 Wochenstunden neben den Seminarveranstaltungen.

Rechnerisch wird die Versorgung der Schulen pro Halbjahr verbessert, ohne dass sich die reale Zuweisung auch nur um eine Stunde erhöht. Doppelbesetzungen von LiV und Mentoren, d.h. ihr gemeinsamer Einsatz in einer Lerngruppe, wird durch die erhöhte Wochenstundenzahl der LiV erschwert. Die Anrechnung der Ausbildung von LiV mit 8 Stunden auf die Stellenzuweisung führt faktisch mittlerweile zur Ablehnung von Ausbildung und Bevorzugung der Stellenbesetzung mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

Die Ausbildung von Lehrkräften ist eine wertvolle Aufgabe der Schulen in Hessen. Die aktuelle Anrechnungssituation von 8 Stunden pro Halbjahr und LiV bedeutet, dass eigenverantwortlicher Ausbildungsunterricht von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst genauso angerechnet wird wie Unterricht von ausgebildeten Lehrkräften. Selbst Handwerker weisen in ihren Rechnungen Leistungen, die von Auszubildenden erbracht werden, als solche aus und rechnen diese mit einem geringeren Stundensatz ab. Es ist nicht nachvollziehbar, warum den Schulen dies nicht zugestanden werden soll.

Mit der neuen Durchführungsverordnung werden Mentorinnen und Mentoren wie-

der stärker in die Ausbildung einbezogen; sie werden dem Schulleiter / der Schulleiterin Informationen über die Lernentwicklung der LiV geben, die ins Schulgutachten einfließen. Sie werden als Lehrkraft des Vertrauens an Staatsexamina teilnehmen. So sinnvoll die Einbindung der Mentorinnen und Mentoren in Ausbildung und Examen ist, so widerspricht dem die Tatsache, dass es trotz gesteigerter Anforderungen keine Entlastungsstunden gibt. Durch die Erhöhung des Anrechnungsfaktors bleibt den Schulen auch keinerlei Möglichkeit mehr, einzelne Mentoren doch zu entlasten. Diese Situation wird dazu führen, dass es immer schwieriger werden wird, überhaupt Mentorinnen und Mentoren für die Betreuung/ Begleitung der LiV zu finden.

Um die Qualität der Ausbildung zu erhalten und allen an der Ausbildung Beteiligten erträgliche Arbeitsbedingungen zu gewährleisten sowie den Schulen gute Möglichkeiten für die Ausbildung zu ermöglichen, fordern wir daher

- **Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren**
- **Rücknahme der Erhöhung des Anrechnungsfaktors pro LiV an den Schulen**

*Frankfurt am Main, 6. Februar 2013
Resolution der Vollversammlung der Ausbilderinnen und Ausbilder am Studienseminar für berufliche Schulen in Frankfurt*



Die bis zu drei Besoldungsstufen unterschiedliche Besoldung zwischen Studienrät/innen und Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer war historisch vielleicht mal begründet. Sie ist angesichts der Entwicklungen in den letzten 15 Jahren obsolet geworden und deshalb zu verändern. Mit dieser Zielrichtung wurde der nachstehende Beschluss gefasst.

HÖHERGRUPPIERUNG DER FACHLEHRER/INNEN FÜR ARBEITSTECHNISCHE FÄCHER (FL A.T.F) UND VEREINHEITLICHUNG DER PFLICHTSTUNDEN

Für den berufsbezogenen Unterricht an beruflichen Schulen gibt es als hauptamtlich beschäftigte Lehrkräfte

- ☞ die Studienräte/Oberstudienräte mit wissenschaftlicher Ausbildung im Höheren Dienst mit A 13 Eingangsamtsamt und A 14 als Beförderungsamtsamt
- ☞ die Fachlehrer/innen für arbeitstechnischen Unterricht im Gehobenen Dienst mit Eingangsamtsamt A 10 und Bewährungsaufstieg nach drei Jahren nach A 11 (1).

Die FL a.t.F. haben eine um eine Stunde höhere Pflichtstundenbemessung.

Mit der Einführung der Lernfelder ab 1995 als curriculare Vorgabe ist die bis dahin gültige strenge Aufteilung im berufsbezogenen Unterricht in Theorie (StR/OSTr) und Fachpraxis (FL a.t.F.) zunehmend hinfällig ge-

worden. Dies gilt für alle Schulformen der beruflichen Schulen. Damit verbunden verschwammen die bis dahin klar abgegrenzten Aufgaben- und Tätigkeitsfelder zu Gunsten der gemeinsamen Arbeit im und am Lernfeld, in die alle ihre jeweils spezifischen Kompetenzen einbringen.

In den außerunterrichtlichen Lehrertätigkeiten wie beraten, betreuen, diagnostizieren, fördern und innovieren beteiligen sich StR/OSTr und FL a.t.F. gleichermaßen, Unterschiede sind nicht feststellbar.

Darüber hinaus haben alle FL a.t.F. gemeinsam mit den angehenden Studienrät/innen eine zweijährige pädagogische Ausbildung am Studienseminar absolviert und mit einer dem 2. Staatsexamen ähnlichen Prüfung abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund ist der bis heute gültige Besoldungsunterschied

von drei Besoldungsstufen schon längst obsolet und nicht mehr begründbar.

Um die beschriebenen Annäherungen zu berücksichtigen fordert die GEW Hessen – bei Anerkennung der unterschiedlichen Eingruppierung in Höheren und Gehobenen Dienst –

- ☞ Die Eingruppierung von FL a.t.F. in A 11 mit Bewährungsaufstieg nach A 12
- ☞ Die Angleichung der Pflichtstundenzahl an die der StR/OSTr.

Mit dieser Forderung ist verbunden, dass die bisher nach A 12 eingruppierten Koordinatorenstellen auf A 13 angehoben werden.

Beschluss der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen vom 07.12.2012

Der Beschluss wird in die Forderungen der GEW in der Tarifrunde integriert.

(1) FL a.t.F. werden auf Grund ihrer Vorbildung in den Gehobenen Dienst eingruppiert.

Sie haben eine berufliche Erstausbildung, eine qualifizierte berufliche Weiterbildung z.B. in Fachschulen oder Meisterkursen sowie einen zweijährigen Vorbereitungsdienst am Studienseminar mit einer dem 2. Staatsexamen ähnlichen Prüfung



neue Publikationen

Lernen und Professionelle Entwicklung von Lehrkräften

Die Übersetzung der Timperley-Broschüre „Teacher Professional Learning and Development“ fasst die Forschung zu Lehrerfortbildungen und professioneller Entwicklung von Lehrkräften zusammen, die nachweislich eine positive Wirkung auf erstrebenswerte Lernergebnisse von Schüler/innen haben. Die Broschüre steht zum download bereit unter: www.afl.hessen.de.

Unterrichtsvorbereitung leicht gemacht - 80 Bausteine zur Förderung selbstständigen Lernens

„Unterrichtsvorbereitung ist gemeinhin eine recht zeitraubende und oftmals mühsame Angelegenheit. Jeder hat so seine eigenen Verfahren, Kategorien, Raster und Dokumentationsweisen und plant auf seine Art – meist im Alleingang. Jede Stundenvorbereitung ist gleichsam ein Unikat.“ Diesem „falsch verstandenen Individualismus“ setzt



dieses Buch von Heinz Klippert entgegen: „Unterrichtsentwicklung, Arbeitsökonomie und Arbeitsvereinfachung müssen zusammengebracht werden“. In der Veröffentlichung werden 80 „Lernspiralen“ dokumentiert, die in allen Schulformen eingesetzt, ohne größeren Zeitaufwand abgerufen und für die eigene Unterrichtsvorbereitung

und –gestaltung genutzt werden können und gleichzeitig einen Beitrag zur Förderung des selbstständigen Lernens beabsichtigen.

ISBN 978-3-407-62798-8

Irgendwann kommt dieser „Klick“ Offenbacher Produktionsschüler erzählen

Produktionsschulen stehen für die Verzahnung von Theorie und Praxis, Lernorte am Übergang von der Schule in den Beruf, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, außerschulisches betriebsnahes Lernen, Herstellung von Produkten und Dienstleistungen, individuelles und situatives Lernen. Selten aber kommen Produktionsschüler selbst zu Wort.

Die Journalistin Jutta Roitsch hat neun Jugendliche aus Offenbacher Produktionsschulen interviewt. Es gelang ihr, mit den jungen Erwachsenen eine Atmosphäre her-

zustellen, die ihnen Raum gab, sich zu öffnen und frei zu erzählen. Die Interviews sind bisweilen fesselnd, durchweg spannend – immer emotional. Sie geben Einblick in die Lebenswelt von jungen Menschen und zeigen, wie früh manchmal Brüche in der Biografie entstehen und wie viele Umwege nötig werden, um den eigenen Weg zu finden.



Das Buch kann kostenfrei bestellt werden unter produktionschule@offenbach.de und steht inzwischen auch online als pdf zur Verfügung. <http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/23/21/00/irgendwann-kommt-dieser-klick.pdf>

REVISION AN DER PHILIPP-HOLZMANN-SCHULE — UNVERMUTET — UNANGEMELDET!

FLZ: *Wir haben gehört, Ihr hattet eine „Revision“ an Eurer Schule. Was darf man sich denn – nach der allseits bekannten Schulinspektion – darunter vorstellen?*

Eine Revision ist etwas grundlegend anderes. Hierbei wird überprüft, ob die Schule sich an die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben hält, in unserem Falle speziell wurde überprüft, ob die Angaben zum Religionsunterricht in unserer LUSD mit dem faktisch erteilten Unterricht übereinstimmen.

FLZ: *Und wie bitte schön läuft so etwas ab? Wird man da vorher informiert?*

In unserem Falle handelte es sich um eine unangekündigte Revision. Das heißt dann konkret, dass ein dreiköpfiges Team der Innenrevision des HKM morgens vor 8 Uhr vor der Tür steht und ultimativ den Schulleiter sprechen will.

FLZ: *Wie bitte? Unangemeldet? Was habt Ihr Euch denn zu Schulden kommen lassen?*

Offensichtlich kommt es im HKM nicht gut an, wenn ein Schulleiter bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung die Auswirkungen des Religionsstundensparerlasses auf die Schulorganisation kritisch darstellt, das Ministerium zu einer Rücknahme auffordert und dabei gar noch auf Unterstützung vieler Schulleiter/-innen und eines Oppositionsabgeordneten trifft. Wir sind eben bereits mitten im Wahlkampf.

Da hat sich wohl der zuständige Staatssekretär gedacht, er müsse bei uns mal nach dem Rechten sehen, insbesondere was die erteilten

Religionsstunden in der Teilzeitberufsschule angeht.

FLZ: *Das ist doch eigentlich ein klarer Verstoß gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Man wird doch auf einer Veranstaltung der GEW noch seine Meinung äußern dürfen! Das erinnert ja an Kaisers Zeiten!*

Natürlich muss man diese Aktion als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit betrachten. Aber es ist nicht möglich, dem zuständigen Staatssekretär diese Absicht faktisch nachzuweisen, denn er wird sicherlich darauf bestehen, dass die Gründe für diese Entscheidung andere seien.

FLZ: *Jetzt noch mal zurück: Du sagtest, die kamen unangemeldet. Wer kommt denn da eigentlich so alles?*

Sehr interessant so ein internes Revisionsteam. Es handelte sich um ei-

nen ausgebildeten Kriminalkommissar, eine ehemalige Berufsschullehrerin und eine ehemalige Finanzbeamtin. Fürwahr ein echtes Expertenteam für diesen Auftrag.

FLZ: *Es ging also, wenn ich Dich vorhin richtig verstanden habe, darum, zu ermitteln, ob Ihr die Stunden, die Euch für Religion zugewiesen sind, auch für Religion verwendet. Was hätte Euch denn geblüht, wenn sie die unzulässige Verwendung von zugewiesenen Stunden hätten nachweisen können?*

Das kannst du im Beamtenrecht nachlesen, vom Disziplinarverfahren bis hin zur Zwangspensionierung bei Streichung aller Bezüge ist hier vieles möglich, wenn eine Schulleitung tatsächlich gegen bestehendes Recht verstößt. Aber wir sind aufgrund fehlender Bewerberinnen und Bewerber für ausgeschriebene Stellen so unterbesetzt, dass wir mit oder ohne Zuweisung von Religionsunterricht den Unterricht nicht voll abdecken können.

FLZ: *Vielen Dank für diese freimütigen, informativen Auskünfte. Bleibt nur zu hoffen, dass wir beide jetzt nicht gemäßigelt werden, weil wir uns hier vor der Öffentlichkeit über etwas unterhalten haben, was tatsächlich so stattgefunden hat, so absurd es auch sein mag.*

Gekürzte Fassung eines Interviews zwischen der GEW-Frankfurter Lehrerzeitung und Rainer Berwanger, Lehrer an der PHS Ffm



Die Zeitschrift Berufsbildung führte mit Prof. Dr. Michael Heister ein Interview zur Inklusion in der Beruflichen Bildung. Wir dokumentieren dieses Interview in gekürzter Fassung. Michael Heister ist Leiter der Abteilung Berufliches Lernen, Programme und Modellversuche im Bundesinstitut für Berufsbildung

INTERVIEW ZUR INKLUSION

berufsbildung: Herr Prof. Dr. Heister, Sie sind in ihrer leitenden Funktion im Bundesinstitut für Berufsbildung mit aktuellen berufsbildungspolitischen Fragen und den Zielen der Berufsbildung konfrontiert. Haben Sie den Eindruck, dass das Thema Inklusion in der Berufsbildung überhaupt schon angekommen ist?

Prof. Heister: Kaum! Beispielsweise ist es im Datenreport des BIBB eindeutig unterrepräsentiert, was wir im nächsten Jahr allerdings ändern werden. Und wenn Sie in die Ausbildungspraxis gehen, finden sie statt Inklusion so genannte „Musterausbildungsregelungen für behinderte Menschen“. Wirkliche Inklusion sieht anders aus und müsste als erstes Ziel haben, dass Menschen mit Behinderung einen vollwertigen Ausbildungsabschluss erhalten.

berufsbildung: Ist Inklusion nicht trotzdem auch ein Thema für die Berufsbildung? Welche Chancen bietet das Thema Inklusion für die Weiterentwicklung der Berufsbildung und wo sehen Sie die größten Herausforderungen? Was sollte in Angriff genommen werden?

Prof. Heister: Auf jeden Fall ist Inklusion ein Thema für die Berufsbildung. Man sollte nur einmal rein von der logischen Abfolge her denken. Wenn Inklusion sich in der Schule mehr und mehr durchsetzt, dann kann das nicht ohne Konsequenzen

für die Berufsbildung bleiben. Wobei in der Dualen Berufsausbildung ja mehrere Lernorte angesprochen sind. Ich denke, dass in den beruflichen Schulen und auch der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung die Impulse aus den allgemein bildenden Schulen sehr leicht aufgenommen werden können. Während einzelne Berufskollegs hier schon sehr weit sind, gibt es bei den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten allerdings noch erheblichen Nachholbedarf. Die eigentliche Herausforderung stellt allerdings die konkrete Ausbildung im Betrieb dar. Hier ist noch ein ganz weites Feld zu bestellen. Und das gilt auch für die eben angesprochenen Musterausbildungsregelungen. Statt „normaler“ betrieblicher Ausbildung findet diese weitgehend im geschützten Bereich von Berufsbildungswerken statt. Hier muss unbedingt etwas geschehen.

berufsbildung: Inklusion in Arbeit und Beschäftigung ist für Berufspädagogen ein zentrales Thema, mit dem Sie in Ihren früheren Funktionen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales unmittelbar konfrontiert waren und beim BIBB aktuell sind. Sehen Sie Anstrengungen und Ansätze zur Verwirklichung von Inklusion auf diesem Feld? Welche sind nach Ihrer Auffassung die größten Hindernisse bzw. Chancen?

Prof. Heister: In Artikel 27 (1) der UN Konvention heißt es., Die Ver-

tragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt frei gewählt werden können.“

Und wie sieht es mit den angesprochenen Möglichkeiten in der Realität aus? Wir haben zwar in Deutschland ein sehr ausgefeiltes Instrumentarium an speziellen Förder- und Qualifikationsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen. Auch ein großzügiges Angebot finanzieller Hilfen an Arbeitgeber und Betroffene steht zur Verfügung. Trotzdem gelingt die Inklusion in den normalen Arbeitsmarkt nur selten. Menschen mit Behinderungen sind, wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz haben, vielfach geringfügig beschäftigt, finden sich in speziellen beruflichen Maßnahmen der Agentur für Arbeit wieder oder in den bereits angesprochenen Werkstätten für behinderte Menschen. Woran liegt dieses ernüchternde Ergebnis? Wir haben hier zwei Grundsatzprobleme. Zum Einen ist das primäre Arbeitsmarktinstrument der Werkstätten für behinderte Menschen schon von der Grundausrichtung her nicht auf Inklusion ausgelegt. Zum Zweiten scheitern die anderen Instrumente vielfach bei der Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen in den regulären Arbeitsmarkt und dessen andere Logik.

berufsbildung: Haben der demografische Wandel und die fortschreitende Internationalisierung positive Auswirkungen auf das Thema Inklusion?

Prof. Heister: Hier wird ja immer eine Verbindung gesehen. Die gängige Argumentation lautet: Der Fachkräftemangel führt dazu, dass jetzt auch Menschen Chancen haben, die bisher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt links liegen gelassen wurden. Ich habe da eine gewisse Skepsis. Erstens muss tatsächlich ein flächendeckender Mangel an Auszubildenden eintreten. Den sehe ich zurzeit noch nicht. Und zweitens muss sich dann jemand finden, der sowohl eventuell zusätzlich anfallende Ausbildungskosten (z. B. Ergänzungsunterricht) als auch die eben angesprochenen langfristigen Kosten trägt. Und die fortschreitende Internationalisierung führt eher zur Exklusion auf Grund fehlender Kenntnisse als zur Inklusion.

berufsbildung: Welche Bedeutung hat die Entwicklung regionaler bzw. kommunaler Bildungslandschaften für die Inklusion? Welche Herausforderungen stellt die Verwirklichung inklusiver Bildung an die Kommunen und welche Handlungsmöglichkeiten bieten sich diesen?

Prof. Heister: Inklusion ist zuallererst ein regionales Thema. Die Durchsetzung inklusiver Bildung im allgemein bildenden und beruflichen Schulsystem, der Rückbau von Förderschulen oder auch stärkere Ausbildung behinderter Jugendlicher in „normalen“ Ausbildungsbetrieben sind Themen, die letztlich auf regionaler Ebene entschieden werden müssen.

berufsbildung: Unstrittig ist, dass zur Verwirklichung von inklusiver Bildung die notwendigen personellen und sächlichen Voraussetzungen zu schaffen sind. Welche sehen Sie als besonders vordringlich an?

Prof. Heister: Am Ende wird inklusive Bildung zusätzliche Ressourcen benötigen, daran besteht, glaube ich, kein Zweifel. In der Welt begrenzter finanzieller Mittel stellt sich natürlich die Frage, wofür die finanziellen Mittel zunächst eingesetzt werden sollen. Unser klassisches Bild vom behinderten Menschen ist der Rollstuhlfahrer, was natürlich für einen hohen Mitteleinsatz im Bereich der Barrierefreiheit spricht. Wir sollten aber nicht vergessen, dass gerade bei Jugendlichen die Zahl der Lernbehinderten viel größer ist. Und hier erfordert es insbesonde-

re zusätzliche personelle Mittel in den Schulen.

Das gilt natürlich auch für die duale Berufsausbildung. Hier brauche ich entweder sozialpädagogische Fachkräfte oder rehapädagogische Weiterbildungen für Ausbilderinnen und Ausbilder. Das kostet nicht nur Geld, sondern insbesondere auch Zeit und Akzeptanz in den Betrieben. Insbesondere bei Kleinbetrieben sehe ich hier noch großen Handlungsbedarf.

berufsbildung: Inklusive Bildung erfordert den Abbau von Privilegien und der Barrieren in unseren Köpfen. Sehen Sie Möglichkeiten, dass dies gelingen kann?

Prof. Heister: Meine Antwort ist hier ein ganz eindeutiges ja. Der Weg ist durch die UN-Konvention eindeutig vorgezeichnet. Wir werden in den nächsten Jahren im viel stärkeren Maße als heute das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen haben.

*Das Interview führte:
Prof. Dr. Josef Rützel
berufsbildung Heft 137 (2012)*

IAB-INFOPLATTFORM ZU JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND BERUFSBILDUNGSSYSTEMEN IN EUROPA

Die hohe EU-Jugendarbeitslosenquote steht im Fokus der internationalen politischen Diskussion. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll helfen, Lösungsansätze zu finden. Das in Deutschland bewährte duale berufliche Ausbildungssystem wird zum Vorbild in Europa. Zentrale Fragestellungen lauten: Wie weit sind Elemente des Dualen Systems innerhalb Europas übertragbar? Welche Unterstützung kann Deutschland gegebenenfalls durch die Ausbildung junger Menschen aus Europa leisten?

Die IAB-Infoplattform wirft einen Blick auf aktuelle Literatur zum Stand der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, zur Rolle der Berufsbildungssysteme und zu den politischen Strategien zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt.

Zur [IAB-Infoplattform](#) (Dort unter „Derzeit verfügbare Themen im IAB-InfoPool“ suchen nach „Ausbildung sichert Zukunft - Jugendarbeitslosigkeit und Berufsbildungssysteme in Europa“)

Quelle: gpc-newsletter 120

DER INTERNATIONALE BUND – EIN ARBEITSFELD?

Im Rahmen eines Fachdidaktikseminars für angehende BerufsschullehrerInnen haben wir beim „Internationalen Bund für Jugend- und Sozialarbeit e.V.“ [IB] einen Einblick in die Arbeit eines freien Bildungsträgers bekommen.

Das Seminar unter der *Leitung von OStD. i. R. Dieter Staudt* richtet sich an *Studierende der Fachrichtung Bautechnik* und wird i. d. R. während des sechssemestrigen Grundstudiums (Bachelor of Education) besucht. Die Inhalte der Veranstaltung orientieren sich am Alltag an beruflichen Schulen. So war zum Beispiel „Der Raum als dritter Pädagoge“ ein Thema oder auch „Das Schulbuch im berufsbezogenen Unterricht“. Mit wenigen Ausnahmen begannen die einzelnen Veranstaltungen mit einem Vortrag der Studierenden. Nach zumeist knapp zwei Stunden Vortragszeit wurde die letzte Stunde lebhaft diskutiert und mal die „Pros und Contras“ verschiedener Modellversuche oder aber auch die Entwicklungsräume im Bereich der Feedbackkultur besprochen.

Das Thema „*Private außerbetriebliche Bildungsträger im Bereich der beruflichen Bildung*“ war in diesem Seminar gekoppelt mit einer Exkursion zum IB Darmstadt. Hier wurden wir von Frau Marion Komp (Bereichsleiterin Ausbildung) begrüßt und zunächst über die Geschichte des IB informiert.

Der IB wurde 1949 gegründet, um den heimat- und elternlosen Jugendlichen in der Nachkriegszeit eine Anlaufstelle zu bieten. Zunächst baute der IB, der damals noch „Internationaler Bund für Kultur- und Sozialarbeit“ hieß, Wohnheime in Hessen, Baden- Württemberg und Rheinland-Pfalz. Nachdem der IB in den fünfziger Jahren bereits erste Berufs- und

Sprachförderkurse sowie das Freiwillige Soziale Jahr initiierte, liegt in den sechziger Jahren der Schwerpunkt der Arbeit auf der Unterbringung und Versorgung der nach Deutschland eingeladenen Gastarbeiter. In dieser Zeit entstehen auch die ersten Berufsbildungszentren in Stuttgart und Köln. Die neuen Bundesländer werden mit der Wiedervereinigung Deutschlands ein neuer Tätigkeitsschwerpunkt für den Internationalen Bund. In den neunziger Jahren erweitert der IB sein Portfo-

geführten Kasette und verschiedenen Spezialpapieren einen kleinen Eindruck von der Ausbildung machen.

Nach dem Besuch der Buchbinderwerkstatt schauten wir uns die **Lehrwerkstatt der Maler und Lackierer** an. Eine *Besonderheit in dieser Lehrwerkstatt* ist, dass hier, nicht wie üblich in Kabinen gemalt, tapeziert und abgeklebt wird, sondern an *Säulen*.



Die Malerwerkstatt: Säulen ersetzen die sonst üblichen Kabinen

lio und betreibt nun auch Kindertagesstätten und Programme wie z. B. „Essen auf Rädern“.

Heute hat der IB mehr als 12.000 Mitarbeiter|innen und unterstützt jährlich rund 350.000 Menschen.

Über die aktuelle Arbeit des Internationalen Bundes am Standort Darmstadt konnten wir uns im Anschluss an den Vortrag gleich selbst ein Bild machen. Frau Komp führte uns zunächst in die im Keller des Gebäudes gelegene **Buchbinderwerkstatt**, in der Jugendliche den „klassischen“ Buchbinderberuf erlernen können. Dafür steht ein kompletter Maschinenpark zur Verfügung. Wir konnten uns anhand einiger Spezialanfertigungen wie z. B. einer raffiniert aus-

Im Anschluss an die Besichtigung der Malerwerkstätten konnten wir Tischlerlehrlinge bei einer Arbeitsprobe beobachten. Diese Form der „Prüfung“ diente früher dazu, den Lehrlingen Grundlagentechniken wie das Zinken oder die Herstellung einer Schlitz- und Zapfenverbindung zu vermitteln. Heutzutage geht es hierbei mehr darum, ein Gefühl für Handwerkzeuge zu bekommen und auch unter „Druck“ zügig und präzise zu arbeiten. „Kronender“ Abschluss unseres Besuchs beim IB war die **Führung durch die Metallwerkstatt**. Hier restaurieren die Auszubildenden und Ausbilder derzeit das *Führerhaus einer Dampflokomotive des Eisenbahnmuseums „Bahnwelt Darmstadt- Kranichstein“* ([24 INSIDER](http://www.bahn-</p></div><div data-bbox=)

welt.de). Bei dieser Arbeit steht vor Allem die Erneuerung der unzähligen Nieten im Vordergrund. Von dieser Zusammenarbeit profitieren beide Seiten: das Museum kann seine Ausstellungsstücke kostengünstig warten und reparieren lassen während die Auszubildenden neben dem Erlernen althergebrachter Techniken wie dem Heißenieten auch in den Genuss von „Außeneinsätzen“ kommen, wenn vor Ort Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten zu erledigen sind.

In der Abschlussbesprechung hatten wir die Gelegenheit, Fragen rund um die Arbeit des Internationalen Bundes zu stellen. Ganz klar die wichtigste Frage war hierbei: Was kann ich als Lehrer verdienen, wenn ich bei einem freien Bildungsträger angestellt bin? Darauf kam die kurze und direkte Antwort von Frau Komp: „Wenig.“ Nichtsdestotrotz bietet die Arbeit bei einem privaten Bildungsträger viele Chancen und Möglichkeiten. So sind für viele der Stellen, die der IB zu besetzen hat – vor Allem im Bereich der Ausbildung schwer erziehbarer und behinderter Jugendliche – Zusatzqualifi-

kationen notwendig. Diese zu erwerben kann ein Ansporn sein, gerade im Hinblick auf das persönliche Ausbildungsportfolio. Aber auch die Viel-

geben und sie für ein selbstständiges Leben zu rüsten.



In der Metallwerkstatt: Teil des Führerhauses einer Dampflokomotive

falt der Einsatzgebiete innerhalb des Unternehmens ist spannend. So kann man von der Früh- und Sprachförderung bis hin zur „regulären“ Ausbildung von Jugendlichen an unzähligen Maßnahmen und Programmen mitwirken die allesamt dazu dienen, Menschen mit Problemen eine Chance zu

Insgesamt war die Exkursion zum Internationalen Bund, nicht zuletzt wegen der freundlichen Unterstützung von Frau Marion Komp, für alle Teilnehmer eine informative und abwechslungsreiche Veranstaltung.

Jonas Pfanschilling

BIBB - neue Internetseite zur Berufsorientierung

BIBB-PM 17/2012

Moderner, nutzerfreundlicher, mit einem erweiterten und neu strukturierten Informationsangebot sowie der Möglichkeit zum Austausch unter Bildungsträgern: Dies sind die Kernelemente der Neugestaltung des Internetangebots des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Berufsorientierung. Und auch die Internet-Adresse ist ab sofort neu: www.berufsorientierungsprogramm.de. Das überarbeitete Internetangebot informiert umfassend über das Programm zur „Förderung der Berufsori-

entierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ (BOP).

Die bisherige Erfolgsbilanz des BOP-Programms ist beeindruckend: Seit 2008 wurden vom BIBB Fördergelder in Höhe von rund 150 Millionen Euro an mehr als 400 Bildungsträger bewilligt. Damit werden mehr als 350.000 Schülerinnen und Schüler aus Haupt- und Realschulen erreicht.

„Herzstück“ des Programms sind Potenzialanalysen der Schülerinnen und Schüler, die in der Regel in der 2. Hälfte der 7. Klasse stattfinden, sowie die Werkstatt-Tage in der Klasse 8. Durch die Potenzialanalysen werden zunächst die Stärken, Neigungen und Kompetenzen der Jugendlichen er-

mittelt. In der praktischen Phase, die in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten stattfindet, haben die Jungen und Mädchen anschließend Gelegenheit, unter professioneller Anleitung des Ausbildungspersonals zwei Wochen lang mindestens drei Berufsfelder praxisnah kennen zu lernen und in die reale Arbeitswelt „hineinzuschnuppern“.

Das BOP-Programm ist - neben dem Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung - ein zentraler Baustein der BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“. Ziel ist es, Jugendliche bereits in der Schule effizient zu fördern, den Übergang von der Schule in den Beruf zu vermeiden.

Über das KOMET-Modell als Kompetenz- und Messmodell für Auszubildende haben wir in den INSIDER-Ausgaben 1/2012, 2/2012 und 4/2012 ausführlich berichtet. Im Folgenden geht es um die Übertragung in die Lehrerausbildung.

KOMPETENZFESTSTELLUNG BEI LEHRKRÄFTEN - WIE KANN AUSBILDUNGSQUALITÄT VERBESSERT WERDEN?

Am 10. Oktober 2012 fand zu diesem Thema im Rahmen des XENOS-Programms eine Fortbildungsveranstaltung des Studienseminars für berufliche Schulen in der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule in Darmstadt statt.

Die Kompetenzorientierung ist sowohl in den Studienseminaren als auch in den Schulen mittlerweile ein fester Bestandteil der Ausbildung. In der Lehrerausbildung ist die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte ein zentrales Anliegen. Alle an der Ausbildung Beteiligten haben eine plausible Vorstellung davon, was „guten“ Unterricht ausmacht. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat zudem im Jahr 2004 Standards für die Lehrerbildung aufgestellt. Auch die Lernfeldpläne der Berufsschule sind an Kompetenzen ausgerichtet. Damit war eine Zielorientierung gegeben. Zu der Frage, wie die Kompetenzentwicklung gefördert werden kann, gibt es mittlerweile gute Antworten. Wie lässt sich jedoch der Erfolg bei der Kompetenzentwicklung empirisch überprüfen?

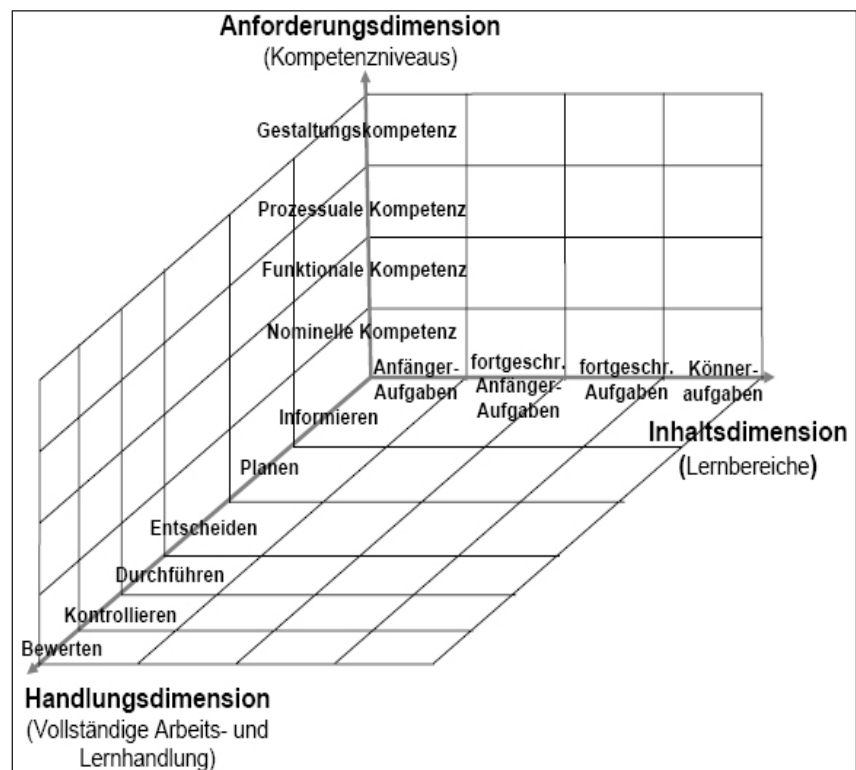
Dazu war Prof. Dr. Felix Rauner von der Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung (i:BB) der Universität Bremen eingeladen. Seine Hauptthese lautete: „Die Kompetenz von Berufsschullehrern und Ausbildern ist der Schlüssel für ein innovatives Berufsausbildungssystem und die Kompetenzentwicklung von Berufsschülern“. Prof.

Rauner hat im KOMET-Projekt eine umfangreiche quantitative Untersuchung beruflicher Kompetenzentwicklung in 40 Testklassen (Hessen/Bremen) von Auszubildenden und Fachschulstudierenden durchgeführt.

Vor rund 50 interessierten Auszubildenden des Studienseminars und Lehrkräften von beruflichen Schulen entwickelte Herr Prof. Rauner seine vielschichtige Begründung für ein Kompetenzmodell für Berufsschullehrkräfte. Relevante Aussagen zu Berufsschullehrerkompetenzen lassen sich aus Studien wie der PISA-Studie nur bedingt ableiten.

Dies ist hinreichend nur mit domänenspezifischen Kriterien möglich in Verbindung mit einem Kompetenzmodell. „Haben gute Schüler gute Lehrer?“ (Rauner) ist die leitende Fragestellung.

Die Untersuchung bei Auszubildenden im KOMET-Projekt deckte auf, dass zwischen vergleichbaren Lerngruppen große Unterschiede in deren Kompetenzausprägung bestehen, die selbst unter der Berücksichtigung vieler bekannter Einflussgrößen nicht ohne weiteres erklärt werden können. Den Einfluss der Lehrperson auf den Lernerfolg der Schülerinnen



und Schüler darf man seit jeher unterstellen; über das Ausmaß im Verhältnis zu anderen Einflussgrößen (Organisation, Ressourcen usw.) wurde oft gestritten. Die Hattie-Studie hat die hohe Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit nachgewiesen. Auch die Unterschiede in den Kompetenzausprägungen

der *Anforderungsdimension* sowie die Begründung von Kompetenzniveaus (siehe dazu KMK: Argumentationspapier Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Bonn (Stand: 16.12.2004).

ten die LiV offen formulierte Planungsaufgaben, für die situationsbezogene Lösungen zu entwickeln waren. Im Ansatz sind die Aufgaben mit den Testaufgaben und Lernaufgaben für die Schülerinnen und Schüler im KOMET-Projekt vergleichbar. Dieses Aufgabenformat könnte nun auch im Sinne von Lern- und Entwicklungsaufgaben für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst eingesetzt werden. Das heißt, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Auszubildende in der Berufsschule entwickeln ihre Kompetenzen mit Hilfe vergleichbarer Aufgaben, auf der Grundlage eines Kompetenzmodells. Ziel muss es dabei sein, die Qualität der Systeme Schule und Studienseminar und vor allem ihr Zusammenwirken zu optimieren.

Kompetenzniveaus	Kompetenzkomponenten
Holistische Kompetenz	1. Sozialverträglichkeit 2. Sozial-kulturelle Einbettung 3. Kreativität
Prozesskompetenz	4. Unterrichts- und Ausbildungsorganisation 5. Effizienz 6. Nachhaltigkeit
Funktionale Kompetenz	7. Berufsfachlichkeit 8. Berufs-/Fachdidaktik 9. Fachmethodik (Lehr- und Lernformen)

gen der Testgruppen im KOMET-Projekt legen es daher nahe, die Lehrerkompetenz zu messen. Gelingt dies, dann wäre das ein großer Schritt für die Qualitätsentwicklung beruflicher Bildung.

Die domänenspezifische Erfassung von Lehrerkompetenzen steht noch am Anfang. Eine erste Erhebung mit Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) wurde durchgeführt, um das Messinstrument selbst noch zu optimieren. Dazu erhielt

*Wolfgang Landmesser
Abt.-L. Studienseminar Darmstadt*

Prof. Rauner hat einen Vorschlag für die Struktur eines Kompetenz- und Messmodells „Berufsschullehrer“ vorgelegt. Aufgabenfelder für Lehrerhandeln sind:

1. Planen, Durchführen und Auswertung beruflicher Lernprozesse
2. Entwickeln von Bildungsprogrammen
3. Planen, Entwickeln und Gestalten der Lernumgebung
4. Beteiligung an der Schulentwicklung.

Derh- und Angelpunkt ist dabei die Definition und Operationa-



Druckteufel

Auch uns erwischt er bisweilen, gemeint ist die Tabelle auf S. 11 im letzten *iNSIDER*. Bei der Fachschule Technik und Wirtschaft sind es nicht 2.901 sondern 8.308 Studierende. Und bei den beiden Zeilen „Höhere Berufsfachschule“ ist in der ersten 2-j. und in der zweiten Zeile 1-j. zu ergänzen.

Die Redaktion

TARIFLICHE AUSBILDUNGSVERGÜTUNGEN 2012

BIBB-PM 01/ 2013, 09.01.2013

Vorbemerkung

Wenn das BIBB jährlich die Ausbildungsvergütungen nach ihrer prozentualen Gesamtentwicklung, nach Ausbildungsbereichen und nach ausgewählten Berufen untersucht, so ist das löblich. Was allerdings fehlt ist – und das ist nicht löblich –, worin die zum Teil eklatanten Unterschiede begründet sind. Stichworte hierfür sind sicherlich: Arbeitsbedingungen, Firmenimage, Vorbildung, Alter und nicht zu vergessen der jeweilige gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit die tarifliche Stärke oder Schwäche.

Den Gründen nachzugehen wäre sicherlich eine spannende Aufgabe im Berufsschulunterricht. Dieter Staudt

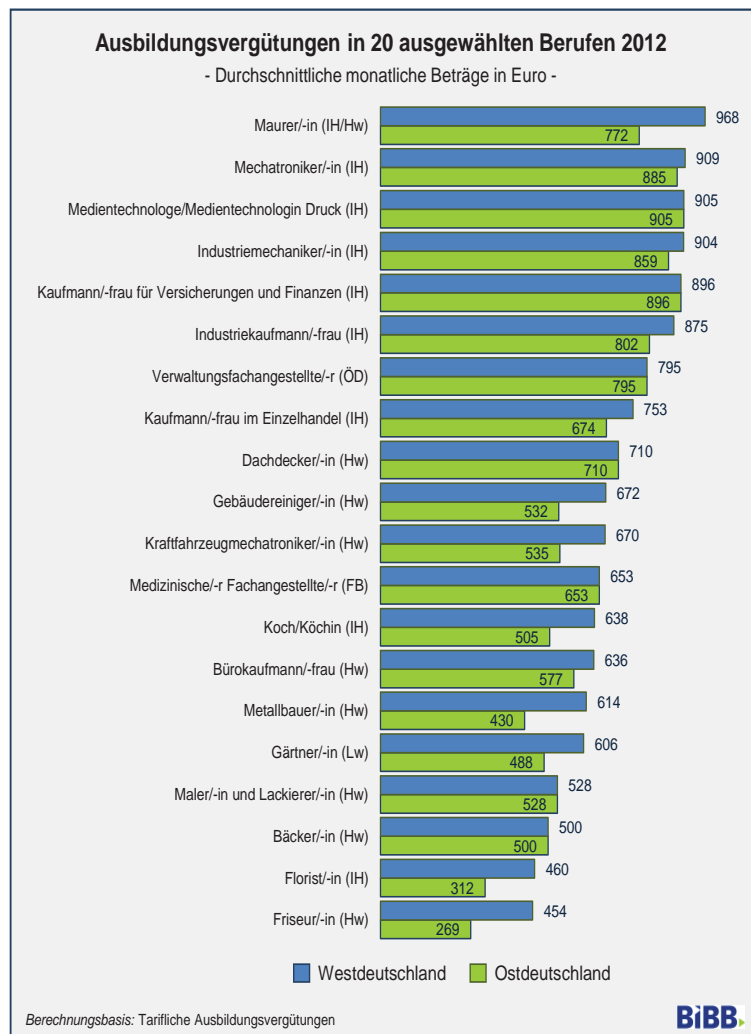
737 € brutto im Monat verdienten die Auszubildenden 2012 durchschnittlich in Westdeutschland. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,1 %. Der Zuwachs fiel damit deutlich stärker aus als 2011 mit 2,9 %. In Ostdeutschland stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 um 5,0 % auf durchschnittlich 674 € im Monat. 2011 waren sie um 4,9 % angehoben worden. Der Abstand zum westlichen Tarifniveau hat sich 2012 nicht verändert: Im Osten werden 91 % der westlichen Vergütungshöhe erreicht. Für das gesamte Bundesgebiet lag der tarifliche Vergütungsdurchschnitt 2012 bei 730 € pro Monat und damit um 4,3 % über dem Vorjahreswert. Zu diesen Ergebnissen kommt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in der Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen für das Jahr 2012.

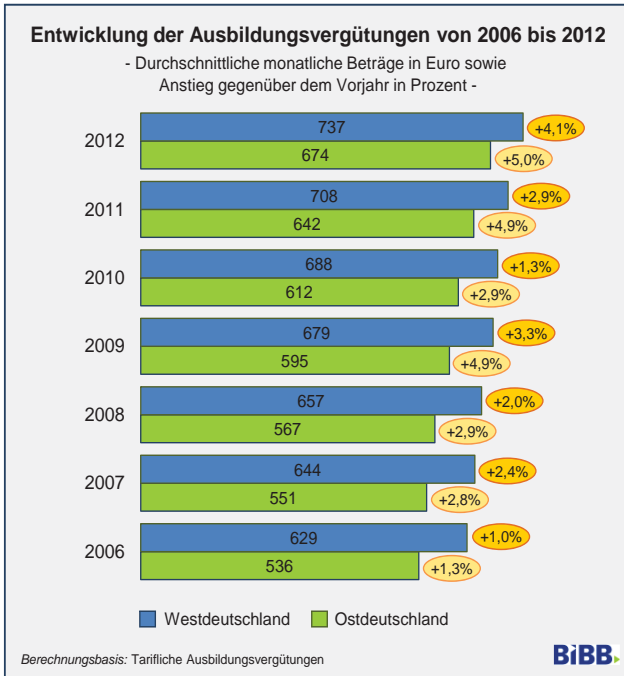
Ermittelt wurden dabei die durchschnittlichen Vergütungen für 184 Berufe in West- und 149 Berufe in Ostdeutschland. In diesen Berufen werden 88 % der Auszubildenden ausgebildet.

Zwischen den Ausbildungsberufen gibt es jedoch erhebliche Unterschiede in der Vergütungshöhe. Sehr hoch lagen die tariflichen Vergütungsdurchschnitte beispielsweise in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (West: 909 €, Ost: 885 €), Medientechnologe/Medientechnologin Druck (West und Ost: 905 €) sowie Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen (West und Ost: 896 €). In Westdeutschland waren auch in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel Maurer/Maurerin) sehr hohe Ausbildungsvergütungen tariflich vereinbart: Sie betragen dort durchschnittlich 968 € im Monat, während sie in Ostdeutschland mit 772 € deutlich geringer ausfielen.

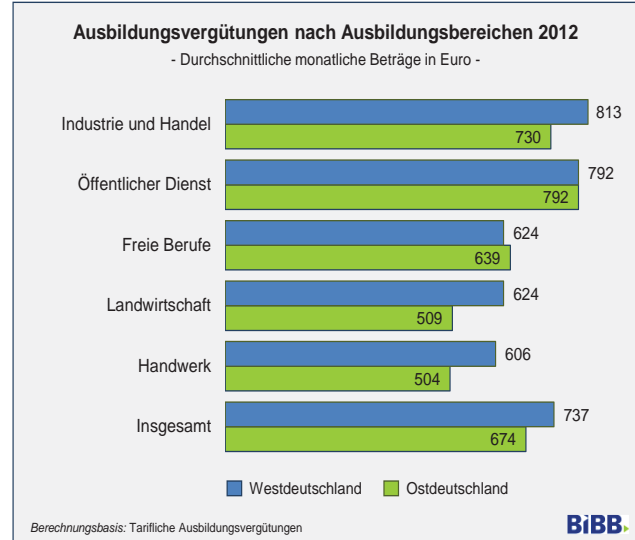
Eher niedrig waren die tariflichen Vergütungsdurchschnitte zum Beispiel in den Berufen Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (West und Ost: 528 €), Bäcker/Bäckerin (West und Ost: 500 €), Florist/Floristin (West: 460 €, Ost: 312 €) und Friseur/Friseurin (West: 454 €, Ost: 269 €).

Auch zwischen den Ausbildungsbereichen bestanden 2012 in West- und Ostdeutschland deutliche Unter-





schiede im Vergütungsniveau. Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen wurden in Industrie und Handel (West: 813 €, Ost: 730 €) und im Öffentlichen Dienst (West und Ost: 792 €) erreicht. Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen dagegen zum Beispiel die Vergütungen im Handwerk (West: 606 €, Ost: 504 €).



Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse sowie den Download von vier Schaubildern finden Sie im Beitrag „Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2012 kräftig gestiegen“ unter www.bibb.de/ausbildungsverguetungen-2012.

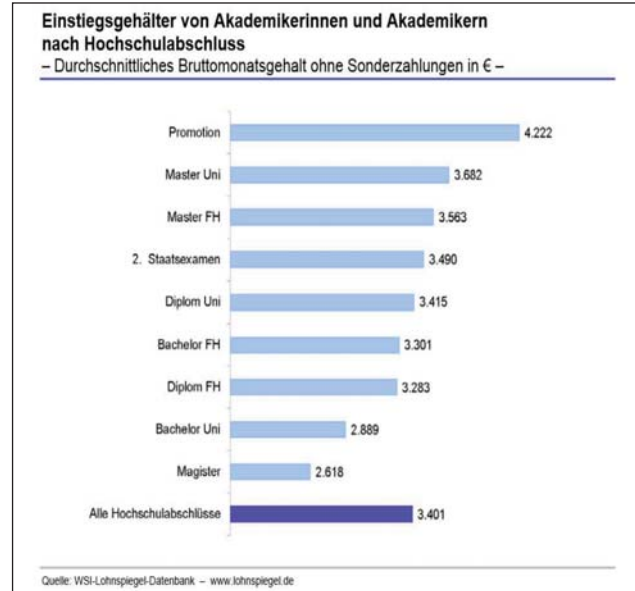
Eine Gesamtübersicht über die für 2012 ermittelten Vergütungsdurchschnitte in den erfassten Berufen ist im Internetangebot des BIBB abrufbar unter www.bibb.de/ausbildungsverguetung

DRINGEND REGULIEREN

Jeder dritte Hochschulabsolvent findet nur eine befristete Stelle.

Studieren lohnt sich: Akademikerinnen sind seltener arbeitslos als der Durchschnitt der Bevölkerung. Doch beim Berufseinstieg bekommen auch viele Hochschulabsolventinnen erst einmal nur eine befristete Beschäftigung: Unter jungen Akademikerinnen mit bis zu einem Jahr Berufserfahrung sind es rund 34 Prozent. In der größeren Gruppe mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung ist jeder Vierte befristet beschäftigt. Das ergab eine Umfrage des Internetportals »Absolventen-Lohnspiegel«, einem Projekt der Hans-Boeckler-Stiftung (WSI).

Die Forscherinnen werteten Daten von rund 4.300 Befragten aus. Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen haben die höchste Quote: Hier sind 81 Prozent der akademisch ausgebildeten Berufsanfängerinnen mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung befristet beschäftigt. Ebenfalls sehr hoch ist der Anteil in der Erwachsenenbildung, in Krankenhäusern, der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen. Seltener sind Befristungen bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen oder im Einzelhandel. Die niedrigsten Quoten weisen die Energiever-



sorgung, die chemische Industrie und der Fahrzeugbau auf. Hier haben lediglich sechs Prozent der Jung-Akademikerinnen einen befristeten Vertrag.

Quelle: *soli aktuell* 03/13
www.lohnspiegel.de/dateien/einstiegsgehaelter-fuer-akademikerinnen

SCHÜLERZAHL AN DEN BERUFLICHEN SCHULEN NAHEZU UNVERÄNDERT

Im laufenden Schuljahr 2012/2013 werden an den beruflichen Schulen in Hessen etwa 191 000 Jugendliche unterrichtet. Wie das Hessische Statistische Landesamt auf Grund vorläufiger Ergebnisse mitteilt, blieb die Schülerzahl damit gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr nahezu unverändert. An den einzelnen Schulformen der beruflichen Schulen verlief die Entwicklung allerdings unterschiedlich. An den Berufsschulen und Berufsfachschulen gingen die Schülerzahlen – wie in den Vorjahren – weiterhin zurück, während sich die positive Entwicklung an den beruflichen Gymnasien und Fachschulen fortsetzte.

An den 116 Berufsschulen werden mit derzeit knapp 117 000 etwa 850 Schülerinnen und Schüler weniger unterrichtet als im letzten Jahr. Die Zahl der Schüler mit einem Ausbildungsvertrag, die an der Berufsschule den schulischen Teil ihrer Berufsausbildung absolvieren, nahm im Vergleich zum Vorjahr um knapp 900 auf 107 400 ab. In den anderen Bildungsgängen, die im Wesentlichen der Ausbildungsvorbereitung dienen (u. a. Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr), nahmen die Schülerzahlen geringfügig um etwa 50 auf knapp 9450 zu. Obwohl die

Schülerzahl an den Berufsschulen so niedrig ist wie noch nie seit 1949, kommt ihnen mit einem Anteil von über 60 Prozent weiterhin die zentrale Bedeutung in der Landschaft der beruflichen Schulen zu.

An den 123 Berufsfachschulen werden etwa 21 400 Jugendliche und damit über 600 weniger als im Vorjahr unterrichtet. An den 92 Fachoberschulen, die auf mittleren Bildungsabschlüssen aufbauen und zur Fachhochschulreife führen, blieb die Schülerzahl mit 22 000 nahezu gleich. Die 50 beruflichen Gymnasien, deren erfolgreicher Besuch zum Abitur führt, konnten weiterhin Schülerzuwächse verzeichnen: Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Schüler um 350 auf über 15 000 an. Die 120 Fachschulen werden von 15 300 Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht, das entspricht einem Zuwachs von 970 Schülern binnen Jahresfrist. Die Fachschulen dienen der vertiefenden beruflichen Ausbildung und werden nach einer Berufsausbildung oder ausreichender Berufspraxis besucht.

PM 38/2013 vom 05.03.2013
Hessisches Statistisches Landesamt

Schülerinnen und Schüler nach Schulformen, Geschlecht und Rechtstellung der Schulen im Schuljahr 2012/2013

Schulformen	Schüler/innen		davon waren an ...			
			öffentlichen Schulen		privaten Schulen	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Berufsschulen	116 931	46 449	115 463	45 628	1 468	821
Berufsfachschulen	21 440	12 248	20 043	11 282	1 397	966
Fachschulen	15 327	8 079	12 605	6 047	2 722	2 032
Fachoberschulen	22 166	10 271	21 559	10 020	607	251
Berufliche Gymnasien	15 034	6 905	14 842	6 836	192	69
Insgesamt	190 898	83 952	184 512	79 813	6 386	4 139

Qualifikation und Arbeit bis 2030

Das BIBB hat vier Szenarien für einen zukünftigen Arbeitsmarkt untersucht. Im Einzelnen wurden in den jeweiligen Szenarien die möglichen Auswirkungen einer „Steigenden Nachfrage nach höheren Qualifikationen“, einer „Steigerung des Exports“, einer „Realisierung bildungspolitischer Zielsetzungen“ und eines „ausgeglichenen Wanderungssaldos“ untersucht.

Die der Studie zu Grunde liegenden BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen beschreiben zukünftige Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Die im Frühjahr 2012 vorgelegte „Langfristige Arbeitskräftebedarfs- und Arbeitskräfteangebotsprojektion bis 2030“ zeigte als Ergebnis, dass es bereits zu Beginn des kommenden Jahrzehnts zu spürbaren Engpässen vor allem im mittleren Qualifikationsbereich kommen kann.

[BIBB: Wissenschaftliches Diskussionspapier Nr. 137](#)
Quelle: gpc-newsletter 120

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Berufsbildungsbericht 2013

BIBB-HA NIMMT STELLUNG ZUM ENTWURF DER BUNDESREGIERUNG

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat auf seiner Sitzung am 13. März in Bonn den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegten **Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013** beraten und einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf verabschiedet. Die gemeinsame Stellungnahme wird durch Voten der Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder im Hauptausschuss ergänzt.

Der Berufsbildungsbericht 2013 wird im April nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett vom Bundesbildungsministerium veröffentlicht. Gegenstand der Beratungen war der vom BMBF zu verantwortende politische Teil des Berufsbildungsberichts, zu dem das auch als „Parlament der Berufsbildung“ bezeichnete höchste BIBB-Gremium Stellung bezog. Ergänzt wird dieser politische Teil durch einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013“, den das

BIBB herausgibt und der parallel zum Berufsbildungsbericht erscheinen wird.

Der BIBB-Hauptausschuss hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Dazu gehört laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) auch die Stellungnahme zum Entwurf des jährlichen Berufsbildungsberichts.

Die einstimmig verabschiedete **gemeinsame Stellungnahme** des BIBB-Hauptausschusses sowie die jeweiligen **ergänzenden Voten der Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder im Wortlaut:**

[HA-Stellungnahme + ergänzende Voten zum BBB 2013](#)

BIBB-PM 10/2013

ARBEITSMARKTPROBLEME JUNGER ERWACHSENER OHNE BERUFSABSCHLUSS VERSCHÄRFEN SICH

Neu erschienen ist die von Wilhelm Adamy vom DGB-Bundesvorstand verfasste aktuelle Studie über junge Menschen ohne Ausbildung und somit mit schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Damit wird Gegenaufklärung zu dem zur Zeit überall propagierten Ausbildungsparadies Deutschland und Export des dualen Systems bzw. den „brain train“, junger Menschen aus südeuropäischen Staaten nach Deutschland betrieben.

Die Studie kann als pdf bei der Redaktion angefordert werden.

„Ausbildungsplatzgarantie jetzt!“

Aktionsveranstaltung zur Bundestagswahl

Dienstag, 21. Mai 2013 | 11 – 13 Uhr | Frankfurt, Philipp-Holzmann-Schule

Ausbildung für alle:

Schülertheater und Informationen

Politik auf dem Prüfstand:

Quiz und Diskussion mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien

Macht endlich Nägel mit Köpfen:

Aktion „Ausbildungsplatzgarantie jetzt!“

Jährlich erhalten Hunderttausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz. Viele werden als „nicht ausbildungsreif“ abgestempelt. Sie durchlaufen das sogenannte Übergangssystem und drehen unnötige Warteschleifen. 1,5 Millionen junge Menschen sind ohne Berufsausbildung. Gleichzeitig wird über einen Fachkräftemangel diskutiert.

Das Recht auf Ausbildung steht im UN-Sozialpakt und gilt somit international. Doch die konkrete Umsetzung auf nationaler Ebene kommt nicht voran. Die Politik ist jetzt gefragt, konsequent eine Ausbildungsplatzgarantie zu verwirklichen.

Wir stellen die Parteien zur Bundestagswahl 2013 auf den Prüfstand und fordern: Der Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz muss im neuen Regierungsprogramm eine hohe Priorität erhalten.

Ausbildung für alle vor Ort zu schaffen bleibt ein vorrangiges Ziel auch für ganz Europa. Die von der EU angestrebte „europäische Jugendgarantie“ muss als Ausbildungsplatzgarantie umgesetzt werden.

Veranstaltungshinweise:

Bei Teilnahme von Gruppen / Schulklassen bitten wir um eine Anmeldung.

Fahrtkostenübernahme bei vorheriger Anmeldung möglich.

Weitere Infos und Anmeldung unter: info@ausbildung-fuer-alle.de | www.ausbildung-fuer-alle.de

Zur Veranstaltung rufen auf:



Landesschülervertretungen Hessen

